



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906**

135 (21.3.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-418664](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-418664)

# General-Anzeiger



(Wöchentliche Volkszeitung) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

## Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Geklebst und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss des Ankerens-Annabens für das Morgenblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin W 50.

Redakteur: Dr. Paul Harmö, Würzburgerstraße 16.

Telegraphen-Adresse:  
Journal Mannheim

Telephon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1440

Druckerei-Bureau (An-

nahmen, Druckarbeiten) 641

Redaktion . . . . . 677

Expedition . . . . . 218

Abonnement:  
70 Pfennig monatlich,  
Ergebnis 20 Bg. monatlich,  
durch die Post des Post-  
amtsschlag W. 2.48 pro Quartal.  
Einzeln-Nummern 6 Bg.

Inserate:  
Die Kolonial-Beile . . . 30 Bg.  
Kaufverträge Inserate . . 20  
Die Weltweite-Beile . . . 60

Nr. 135.

Mittwoch, 21. März 1906.

(1. Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst im ganzen  
12 Seiten.

### Die preussische Regierung und die Dreiklassenwahl.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Hs. Berlin, 20. März.

Herr v. Rheinbaben, der schneidige Viebling aller Spargmacher und Rückwärtsler, soll in der Finanzkommission des Reichstages gesagt haben: niemals würde die preussische Regierung einer prinzipiellen Veränderung des Wahlrechts zustimmen. Nun sind zwar Leute, die auch etwas von der Sache verstanden, der Ansicht gewesen, ein wirklicher Staatsmann dürfe niemals niemals sagen. Auch kann unter ernsthaften Politikern ja kein Zweifel darüber sein, daß dies „Niemals“ in der Hauptsache nur dazu dienen wird, der Sozialdemokratie einen prochtvollen Agitationsstoff zu liefern. Wenn man aber das Niemals des sterblichen Herrn von Rheinbaben nicht gerade sub specie aeternitatis betrachtet, so bleibt es durchaus bezeichnend für die dermalige Geistesverfassung der preussischen Regierung und stimmt vorzüglich zu den Aenderungen des Wahlrechts, die die Regierung eben jetzt selbst vorge schlagen hat. Die haben nämlich weiter keinen Zweck, als das Prinzip des „Lebens aller Wahlkreise“ neu zu befestigen und es in einigen Riesenvahlkreisen, wo es sich das letzte Mal selbst ad absurdum geführt hatte, wieder lebensfähig zu machen.

Die Regierung des Herrn von Billow muß von allen guten Geistern verlassen gewesen sein, daß sie eine solche Vorlage gerade im gegenwärtigen Augenblick einzubringen sich nicht verlagern konnte. Man kann es verstehen, wenn gewisse Kreise behaupten: zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie eine Erweiterung des Wahlrechts heftig fordere, dürfe dieser Forderung unter keinen Umständen nachgegeben werden, weil das als Schwäche erscheinen würde. Man kann diesen Standpunkt begreifen, ohne ihn zu billigen; denn man kann eine Schwäche wohl mit Recht darin erblicken, daß eine Regierung es ängstlich vermeiden soll, das Notwendige und Vernünftige zu tun, nur weil es die Sozialdemokratie unter andern auch fordert. Nicht bezweifeln über kann man es, daß die Regierung gerade den Zeitpunkt, wo mit der Sozialdemokratie der gesamte bürgerliche Liberalismus und das Zentrum die Notwendigkeit einer Reform anerkennt, daß sie gerade diesen Zeitpunkt für geeignet hält, ein motiviertes „Niemals“ ins Land hinauszuschleudern. Die Regierung begeht da den schwarzen Fehler, ihr Tun und Lassen einzurichten nach dem Gebahren der 6 1/2 Dugend Mittelmaßigkeiten — Nebel ausgenommen, der wirklich keine Mittelmaßigkeit ist — die die Sozialdemokratie im Reichstage vertretet, sowie nach dem entsprechenden Gebahren des Beamtenapparates, der von Parteivorstände kommandiert wird. Zur Sozialdemokratie gehört aber doch mehr; dazu gehören große Massen von Arbeitern und Kleinbürgern, denen in der Tat eine Beteiligung an der preussischen Gesetzgebung zu Unrecht vorenthalten wird. Und was das Schlimmste ist: zahllose nichtsozialdemokratische Arbeiter und Kleinbürger befinden sich in ganz derselben Lage, und

werden durch das „Niemals“ der Regierung und ihre „Wahlreformen“ in eine Interessengemeinschaft mit der Sozialdemokratie geradewegs hineingezogen! Da muß man wohl abermals gegen die Regierung des Fürsten Bülow den Vorwurf erheben, daß sie zwar keine Gelegenheit vorübergehen lasse, das Bürgertum zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie aufzurufen; oder auch keine, dem Bürgertum seine besten Hilfstruppen für solchen Kampf absperrn zu machen und der Sozialdemokratie zuzutreiben.

Wäre die Regierung von einer zeitgemäßen Reform des Dreiklassenwahlrechts nichts wissen, gut, dann hätte sie die Frage wenigstens ruhen lassen sollen. Aber in einem Augenblicke, wo das Land von einer planmäßigen Agitation zu Gunsten der Wahlreform erregt wird, urbi et orbi verkündet: nein, wir wollen keine Reform, wir wollen vielmehr die alten unentzerrlichen Zustände neu befestigen, und zwar in einer Form, die eine allgemeine Debatte in Presse und Parlament heraufbeschwören muß — das ist fürwahr der Gipfel der Unbegreiflichkeit! Und das wird womöglich noch unbegreiflicher, wenn man sich vorhält, daß auch die Konservativen, die einzigen Stützen der Regierung in dieser Sache, an der Vermehrung der Mandate um 10 eine ungemischte Freude nicht haben werden. Die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus stehen oft auf des Messers Schneide und die 3 neuen Berliner Mandate dürften der Opposition sicher sein. Drei oppositionelle Abgeordnete, die ihren Wohnsitz am Tagungsorte des Landtages haben, sind den Agrariern gewiß keine erfreuliche Erscheinung! Wichtiger als das aber wird es zu beobachten sein, wie die national liberale Landtagsfraktion sich zu dem Vorgehen der preussischen Regierung stellt; ob hier der Zug nach rechts fortzugend Böses wird gebären, oder ob man den Mut zur Volksämlichkeit wiederfindet.

### Der Heimarbeiterantrag.

Der, wie schon drahtlich mitgeteilt, von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie vorbereitet wurde, ist dem Reichstage jetzt zugegangen; er hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, 1. möglichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie (Heimarbeiter) vorzulegen, und zwar unter tunlichster Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte: Daß

1. auf Anordnung des Bundesrates oder, soweit dieser von seiner Vollmacht keinen Gebrauch macht, der Landeszentralbehörden oder der zuständigen Polizeibehörden die Gewerbetreibenden (einschließlich Zwischenmeister, Hattoren usw.), welche außerhalb ihrer Arbeitsstätten Personen mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigen, verpflichtet sind, ein Verzeichnis dieser Personen (Name, Geschlecht, Wohnort, Wohnung, Arbeitsstätte, falls es jugendliche Personen unter 16 Jahren sind, Angabe des Lebensalters) zu führen und regelmäßig der Ortspolizeibehörde oder einer von dieser bezeichneten Meldestelle mitzuteilen;
2. soweit Lohnbücher für die Heimarbeiter eingeführt werden (Gewerbeordnung § 114a), entsprechend den Rubriken der Lohnbücher über die gegebenen Arbeitsaufträge Buch geführt und dieses den Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzulegen wird;

3. die Gewerbeaufsicht (Gewerbeordnung § 139 b) auf die in der Heimarbeit beschäftigten Personen ausgedehnt und möglichst durch besondere Beamte, auch weibliche, ausgebaut wird;

4. auf Antrag der Gewerbeaufsichtsbeamten die Polizeibehörden befugt sind, zum Schutze der Gesundheit der Beschäftigten oder der Anstalten oder der Sittlichkeit im Wege der Verfügung für einzelne Arbeitsstätten Vorschriften zu erlassen oder die Beschäftigung von besonderen Bedingungen abhängig zu machen oder auch zeitweise zu untersagen;

5. der Bundesrat oder, falls dieser von seiner Berechtigung keinen Gebrauch macht, die Landeszentralbehörden oder die zuständigen Polizeibehörden befugt sind, im Wege der Verordnung solche Vorschriften (Ziffer 4), sei es allgemein, sei es für bestimmte gewerbliche Zweige oder Bezirke, zu treffen;

6. den jugendlichen Personen und Arbeitern, soweit ihnen nicht schon durch das Kindererziehungsgesetz von 1903 oder durch die Gewerbeordnung (§ 135—139a, 154) ein weitgehender Schutz gesichert ist, die Sonntags- und Nachtarbeit (von abends 10 bis morgens 6 Uhr) verboten ist;

7. dem Bundesrat das Recht gegeben wird, für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit gefährdet wird, die Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit auch für die Erwaachsenen vorzuschreiben, sowie solche Arbeiten, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen;

8. den Arbeitgebern es untersagt ist, die für Frauen und Wirtinnen festgesetzte Arbeitszeit (Gewerbeordnung § 135 bis 139a, 154) dadurch zu umgehen, daß den Arbeitern Arbeit nach Hause mitgegeben wird;

9. für solche Bezirke, in denen die Hausindustrie stark vertreten ist, Sachkomitees als Hilfsorgane der Gewerbeaufsicht gebildet werden;

10. die Gewerbeämter allgemein und nach dem für die Heimarbeiter geltenden (Gewerbeordnung § 5);

11. für den Fall der Errichtung von Arbeitskammern besondere Abteilungen für die Hausindustrie (Heimarbeiter), insbesondere auch zur Förderung von Tarifverträgen gebildet werden;

12. die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung unzulässig ausgedehnt wird;

13. auf Grund des § 154 Absatz 3 und 4 der Gewerbeordnung die Arbeitererfassungbestimmungen (Gewerbeordnung § 135a bis 139b) unzulässig auf alle Verhältnisse der Hausindustrie ausgedehnt.

Berlin, den 16. März 1906.

Dr. Gise, Fehr, Hehl zu Herrensheim, Graf v. Arnim, Bassezmann, Dr. Burckhardt, Fring Heinrich zu Schönau-Carolath, Delfor, Dietrich, Gamp, Giesberts, Gräber, Henning, Dr. Fehr, v. Hertling, Kellner, v. Oerzen, Graf Oriola, Dr. Rohnke, Pauli (Oberbarnim), Dr. Porzig, Fürst Radzivil, Fehr, v. Richthofen-Dammsdorf, Schatz, Dr. Stöcker, Stöcker, Teimbom, Dr. Wonderschütz, Dr. Wolff.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 21. März 1906.

Aus dem Reichstage

wird uns von unserem Berliner Bureau unterm 20. geschrieben: Es ist natürlich das gute Recht jeder Partei, dem

### Tagesneuigkeiten.

— Die Annahme der Verbrechen in Amerika. Die New Yorker „Public Opinion“ äußert sich in einer ihrer letzten Nummern höchst beanrathend über die Ziffern der Kriminalität vom Jahre 1905, die im Vergleich zu der anderer Jahre außerordentlich hoch sind. Die Annahme der Verbrechen ist wirklich erschreckend. Verurteilungen, Bewährungsentscheidungen, Unterbringungen und betrügerischer Bankrott sind so häufig vorkommende Verbrechen, daß sie die üblichen Delikte in früheren Jahren fast um das Doppelte übersteigen. 69 13 1/2 Tausend Sterline also über 200 Millionen Mark sind auf diese Weise im Jahre 1905 in den Vereinigten Staaten gestohlen und unterschlagen worden. Die Zahl der Morde und Raubmorde, die der Kriminalpolizei bekannt geworden sind, betrug im Jahre 1905 9212 gegen 8497 im Jahre 1904. Dabei kommen etwa zwei Selbstmorde von Männern, auf einen Selbstmord, den eine Frau begeht. Unter den verschiedenen Verurteilungen liefert der der Verurteilung den größten Prozentsatz an der Zahl der Selbstmörder. Eine einzige Form des Verbrechens befindet sich im Jahre 1905 im Abnehmen — es ist das Lynch. Man zählt nur 68 Fälle, in denen Lynchjustiz ausgeübt wurde, eine so niedrige Zahl, wie sie seit dem Jahre 1885 nicht mehr in den Vereinigten Staaten vorgekommen ist. Von den 68 Opfern dieser Lynchjustiz waren 61 Negro und 5 Weiße. Dafür ist die Zahl der vollstreckten Todesurteile von 116 im Jahre 1904 auf 133 im Jahre 1905 gestiegen. Die Vereinigten Staaten stellen neben Italien unter allen kultivierten Ländern das größte Kontingent an der Arme der Verbrecher. Im letzten Jahre aber schienen sie auch Italien gegenüber einen traurigen Rekord in dieser Hinsicht aufzuweisen zu haben. Man zählt in den Vereinigten Staaten auf eine Million Einwohner 115 Verbrecher, während Italien 105, England 27, Frankreich 19, Deutschland 13 verzeichnet. Es gibt also keineswegs des Tages viermal soviel Verbrecher als in England und neunmal soviel als bei uns in Deutschland. Wolden trotzdem

ziffern gegenüber gewährt es nur eine geringe Befriedigung, daß auch die Summe der für Wohlfahrts-Einrichtungen in den Vereinigten Staaten verausgabten Beträge im Jahre 1905 sehr gestiegen ist. Sie betrug 104 588 422 Pfund Sterling. Von diesen Millionen sind 50 für Erziehungsanstalten, 39 für wohltätige Stiftungen, 9 für Museen, 6 zur Gründung von Kirchen und 1 zur Gründung von öffentlichen Bibliotheken ausgegeben worden.

— Die serbische Nationalhymne. Die letzte Tat des serbischen Ministeriums vor seinem Rücktritt bestand darin, daß ein Gedicht ausgearbeitet wurde, das die neue serbische Nationalhymne werden soll. Bald nach der Thronbesteigung des Königs Peter wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, aber alle die Poeten, die eingingen, waren so mittelmäßig, daß man sich für keines entscheiden konnte. Jetzt endlich ist nun ein Gedicht gefunden, das der hohen Ehre teilhaftig werden soll. Der Text ist nun in dem serbischen Staatsanzeiger veröffentlicht worden, und an alle serbischen Musiker ist die Aufforderung ergangen, sich an dem Wettbewerb für die beste Komposition zu beteiligen. Der glückliche Gewinner wird einen Preis von 1000 Mark erhalten.

— Tödt einer Theaterinszenierung. Marie Sigler, der Stern einer holländischen Vorstadttheater, ist seit Donnerstag und Freitag verstorben. Ihr Name ruft die Erinnerung an einen Komman zurück, den sie mit dem Fürsten Otto Windischgrätz geübt und dem durch die Fürstin Elisabeth, die Tochter des verstorbenen Kronprinzen Rudolf, gewaltam ein Ende gemacht worden sein soll. Bald nachdem sie sich vom Krankenbette erhoben, zog sie in ihre Aegle einen Ingenieur. Der hatte sie in die Lage versetzt, ein Haus um mehr als 100 000 Kronen zu kaufen. Der Wille der Kaiserin, der Schneidermeister Krizka, verlangte von ihr die Rückkehr in den gemeinsamen Haushalt, und als sie sich weigerte, beschimpfte er sie öffentlich. Sie drohte die Ehrenbeleidigungslage ein, die Verhandlung wurde zwar vertagt, der Name des Ingenieurs aber in den Zeitungen genannt, wodurch seine Gattin von dem Verhältnis erfuhr. Es heißt sich heraus, daß der Verlobte die schöne Marie mit der Nigist seiner Gattin in die Lage versetzt

hat, Hausbesitzerin zu werden. Die Geschädigte will auf Herausgabe des Hauses klagen und hat außerdem die Anzeige wegen Ehebruch erstattet. Die Sängerin aber hat sich, wie sehr festgestellt wurde, am Samstag in Hamburg nach Chicago eingeschifft, um dort ihre künstlerische Tätigkeit fortzusetzen. So entgeht sie allen Schikanen des Gerichts, da sie das Haus inzwischen wieder veräußert hat.

— Die Liebeslegende von Antonius und Kleopatra sucht der italienische Gelehrte Guglielmo Ferrero in einem interessanten Artikel der „Revue de Paris“ gänzlich zu zerlegen. Er weist an Dokumenten und früheren Forschungen nach, daß zwischen der Königin von Ägypten und dem römischen Feldherrn eine Veranlassung zu Anfang des Jahres 36 v. Chr. geschlossen wurde. Antonius habe sich dazu verstanden, weil Kleopatra sehr reich war, und diese habe in dem römischen Krieger den rechten Mann gesehen, um den Hof intriganten die Spitze zu bieten und ihre aufstrebenden Gelüste zu vertreiben. Den Titel „König von Ägypten“ habe Antonius nie annehmen wollen und auch seine erste Ehe mit Octavia nicht gelöst, was als Beweis für seine Auffassung der Verbindung mit Kleopatra angesehen werden kann. Daß er in diese nicht sterblich verliebt war, wie in dem Shakespeare'schen Drama so hintersinnig dargestellt wird, geht schon aus der Tatsache hervor, daß er gleich nach der Hochzeit Ägypten verließ und sich nach Perrien begab. Schade, aus Antonius einen modernen Nigistjäger zu machen! Die Legende war jedenfalls schöner.

— Der bewachte Milliardär. John Rockefeller, der reichste Mann der Erde, ist in seinem Hause in Balnwood, Kent-Persey, eingeschlossen und kann sich wie ein Gefangener nicht bewegen. Die Gerichtsbeamten, die ihm eine Vorladung vor Gericht in einem Prozeß gegen die Standard Oil Company zustellen sollten, umlagern seine Wohnung, aber sie können nicht selbst in das Haus einzutreten und ihn die Vorladung zustellen, weil er auf seinem Besitztum außerhalb der Jurisdiction steht. Rockefeller erträgt diese Freiheitsberaubung, weil er in dem Prozeß nicht vor Gericht erscheinen will und weil er überhaupt fürchtet, angefaßt und hingerichtet zu werden. Die mannigfachen Gerüchte, die über Anschläge

Hall Dufflamer so breit zu stellen, wie es ihr dienlich scheint. Doch aber die sozialdemokratische Partei dieselbe Rede zweimal hören läßt, wirkt ein eigentümliches Licht auf ihre innere Bewegung. Auch die Wirkung einer Bebel'schen Rede muß bezeichnend darunter leiden, wenn Liebesauer über ganz dieselben Punkte vorher schon ausführlich gesprochen hat. Der Reichstag läßt denn auch mit merklicher Apathie über sich ergehen, was er nicht ändern kann. Nachdem alle diese Dinge nun schon wiederholt abgehandelt sind, verfehlt Bebel's Leidenschaftlichkeit diesmal ihren aufregenden Zweck ganz gründlich, selbst die Linke bleibt bei seinen heftigsten Ausfällen teilnahmslos. Von den großen Kolonialpolitikern muß dann auch noch Herr Cziberg den Beweis erbringen, daß er sich aus dem Ruffel der „Pala. Volksztg.“ nichts macht. Er redet genau so froh und munter wie Heis, und veranlaßt durch sein Lob der parlamentarischen Studienreisen den Prinzen Hohentzoll zu dem interressanten Gedankensatz, daß er sich auch schon mit dem Gedanken trägt, die Kolonien aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Das ist aber wirklich auch das einzige Neue, was die heutige Debatte gebracht hat. Wenigstens kommt man mit der zweifachen Redeschicht, die sich in freien Wiederholungen erschöpft, heute zu Ende. Dann beschäftigt man sich noch 3/4 Stunden lang mit Abstimmungen.

**Weissenfelder und Biekerfelder.**

Im Jahre 1762 ist zwischen dem Ahnherrn der Weissenfelder Linie und dem Biekerfelder Grafen Friedrich Carl August ein Vertrag abgeschlossen, welcher bestimmt, daß die Biekerfelder Linie, falls sie bereits den hessischen Thron bestiegen hätte, an die Weissenfelder Linie jährlich 17 000 Reichstaler zu zahlen habe. Der Fall ist jetzt eingetreten und die Weissenfelder, zunächst vertreten durch die Grafen Clemens und Geis, erheben Anspruch auf eine Jahresrente von 51 000 Rtl. Auch die Grafen zu Biekerfeld-Halkenflucht erheben Ansprüche an den Fürsten. Der Fürst zur Lippe würde, wenn diese Ansprüche gerichtlich anerkannt werden, genötigt sein, das Geld aus den Leberhäusern des sogenannten Domaniums zu entnehmen. Das Domanium kann aber ohne Zustimmung des Landtages nicht belastet werden und der Landtag, in dem füglich die Sache verhandelt wurde, scheint nach der „Wesetzztg.“ nicht geneigt zu sein, diese Zustimmung zu erteilen. Es wurde darauf hingewiesen, daß jener Vertrag lediglich zwischen den beiden Nebenlinien geschlossen worden ist, ohne Zustimmung des damaligen Chefs der Hauptlinie und ohne Mitwirkung des Landtages. Das Domanium ist nachgerade mit Renten an alle die verschiedenen näheren und entfernteren Verwandten des neuen Fürstenthums so belastet, daß der Fürst seine Rota haben wird, die noch hinzukommenden neuen Lasten zu tragen. Im Grunde hätte man überdies noch gehofft, daß Fürst Leopold sich bereit finden würde, den Zustand, den das Domanium zu dem Sinnahme des Staatshaushalts leistet, noch erheblich zu erhöhen. Daraus wird nun wohl vorläufig kaum etwas werden, eben so wenig aus dem Projekt, wonach das Domanium in Landesverwaltung übergehen und der Fürst eine bestimmte Zustimmung erhalten sollte.

**Das deutsche und das französische Infanterieregiment.**

Der Generalleutnant J. D. Rohne zieht in den „Berl. R. Anz.“ einen Vergleich zwischen dem deutschen und dem französischen Infanterieregiment und schreibt: In Frankreich sind seit Jahren Versuche im Gange, die darauf hingelen, die baillistische Leistung des Infanterieregiments durch Entnahme einer anderen Patrone wesentlich zu steigern. Was in Deutschland das S-Gewehr, das ist in Frankreich die „balle D“. Das neue Gewehr ist ein aus Kupferlegierung hergestelltes Gewehr von großer Länge — um ein Drittel länger als das deutsche S-Gewehr. Wie dieses hat auch das französische Gewehr eine sehr schmale Spitze; aber während das deutsche Gewehr einen kurzen ständlichen Säugungszeit hat, verlingt sich das französische Gewehr nach hinten. Das S-Gewehr wiegt 10, das französische 11 1/2 Pfund. Beide Gewehre haben eine größere Anfangsgeschwindigkeit als die älteren; aber während das S-Gewehr eine solche von 800 Meter — um 340 Meter höher als beim Gewehr 88 hat, ist die der „balle D“ erheblich niedriger. Nach einzelnen Nachrichten soll sie nur 700 Meter betragen, eine Angabe, die nicht recht in Einklang steht mit der erheblich verhörrten Ladung und ebenso wenig mit dem über die baillistische Leistung angegebenen Größen. Wahrscheinlich ist sie 750 Meter. Sind die übrigen über die Geschosbahn verbreiteten Nachrichten richtig, so darf man annehmen, daß das etwa 850 Meter das S-Gewehr, darüber hinaus die „balle D“ die geringere Flugbahn hat, und daß auf etwa 2000 Meter der beträchtliche Raum der „balle D“ etwa doppelt so groß ist, wie beim Gewehr 88. Die Franzosen sollen deshalb auch die Abfertigung für das neue Gewehr bis auf 2500 Meter ausgedehnt haben. Einen großen Vorteil hat das S-Gewehr zweifellos vor der „balle D“ voraus; nach Verringerung der Zierrichtung ist es ohne weiteres beim Gewehr 88 zu verwenden; während die „balle D“ sich wegen der starken Spitze schwerlich in das unter dem Lauf befindliche Abwehrgewehr einladen läßt, weil die Spitze besteht, daß durch den Druck der Spitze auf das Mündstück der davor eingelassenen Patrone diese entzündet wird. Die Franzosen werden

gegen seine Befehle unaufrichtig, haben ihn unglücklich gemacht. Während man ihn bald in Italien, bald auf fernem Meeressuche, weil er in in Italien und Bedienten samt Arbeiter leben im Dienst von fern, wie er in seinem großen Geldvermögen, das voll blühender und gründer Pflanzen fast unendlich auf- und abwandelt. Die Person des Milliardärs wäre natürlich für Verdächter außerordentlich wertvoll, denn auf ein paar Millionen Börsenwerte ist ihm dann nicht ankommen. Der Wunsch, der so alle die Reichen und Sorgen der Großen auf Erden reichlich durchschaut, sucht sich gegen geheime Kräfte zu sichern. Er hat nämlich Schmeichelei auf seinem Besitztum anstellen lassen, die nichts die ganze Umgebung seines Hauses erschellen, und den bewaffneten Mannschaften, die sein Haus umgeben, Befehl erteilt, auf jeden sich in der Dunkelheit Nähernden zu schießen. Niemand wird vor ihn gelassen und jeder Fremdling argwöhnisch beobachtet und untersucht, demnach ist es bei der Verhaftungsgemeinde von Salem gelungen, in der vorigen Woche eine Deputation an Modesteller zu senden und ihn um Geld zu bitten, damit ihre Kirche zweimal geistlichen werden könnte. Modesteller hat hier eine Aufnahme gemacht und ihnen eine schriftliche Antwort gegeben, durch die ihre Bitte erfüllt werden wird. — **Berühmte Schmeichelei.** Die Rumänische Hofbedienten haben strenge Anweisungen gegeben, Damen oder andere Fremde, die verschiedene Sachen nicht angeben haben, ohne Rücksicht auf ihre Stellung festzunehmen. Natürlich trifft diese Bestimmung nicht Leute, denen es selbst nicht bewußt war, daß sie irgend etwas Unrechtes bei sich hatten, oder in Fällen, wo der dringende Verdacht eines vorläufigen Schmeichels vorliegt, soll unerbittlich die Festnahme und Gefangenensetzung veranlaßt werden. Die neuen Anweisungen der Regierung sind durch die vielen Fälle veranlaßt worden, wo Personen aus den besten Gesellschaftskreisen derartige Manipulationen angestellt haben.

Kader eine der unferigen ähnliche Vorkehrung vornehmen müssen.

**Zur Hinrichtung des Leutnants Schmidt.**

Dem russischen Marineleutnant Schmidt, der dieser Tage in Dtschelow standrechtlich erschossen wurde, gebührt ein Nachruf. In der Rede, die er kurz vor seiner berüht gedachten Revolution am Grabe gefallener Freiheitskämpfer in Sewastopol hielt, offenbarte sich seine Art und Gedankenrichtung. „Wir schwören, unsere ganze Arbeit, unsere ganze Seele, ja das ganze Leben der Erhaltung unserer Freiheit darzubringen. Wir schwören, fortan keinen Juden, keinen Armenier, keinen Polen, keinen Tataren zu kennen, sondern gleiche freie Brüder des großen freien Russlands sein zu wollen.“ Hinzufügende Worte: „Über die Klimax des Leutnants Schmidt war damit noch nicht abgeschlossen. Er glaubte, seiner Rede nach solcher Kräftigen und überzeugungstreuen Betonung der Menschlichkeit und Menschlichkeit eine noch größere Steigerung geben zu können, und so fuhr er denn fort: „Wir schwören den Toten, das Werk bis ans Ende zu führen und das allgemeine gleiche Wahlrecht zu erlangen.“ Leutnant Schmidt bezeichnete sich selbst als „Sozialisten außerhalb der Partei“. Die Ziele, die er sich gestellt hatte, waren ihm nicht durch das lebendige Wort im Verlebe mit Gleichgesinnten übermitteln worden, er hatte sie sich durch Lektüre angeeignet. In seinem Kopfe hatte sich der Gedanke festgesetzt, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht unter allen Umständen das Allheilmittel für alle staatlichen Schäden sei. Dieses Dogma führte ihn zu der großen Meuterei vom 28. November, als er in Sewastopol auf dem Vongertreuzer „Dtschelow“ das Signal hieß ließ: Leutnant Schmidt befehligt die Flotte“ und dann den Kampf gegen die treugebliebenen Schiffe und Truppen aufzunehmen begann. Da zeigte sich jedoch sofort die hauptsächlichste Charaktereigenschaft dieses Träumers und Schwärmers. Er besaß wohl die Energie klammernden Wortes, nicht aber die Energie der Tat. Als Schmidt sah, daß das Stos der Flotte dem Signal des „Dtschelow“ nicht folgte, wackelte er nur einige Augen mit den Stranbatterien und dem Geschwader und ließ dann die weiße Flagge hissen. Sein eigenes Feuer hatte fast gar keinen Schaden angerichtet. Die rote Farbe der Entschloßung war bei ihm sehr bald von dem Gedankenblut angetränkt worden. Ueber streckte er die Waffen, als daß er Pulvergießen hervorrief. Statt an jenem Tage im Kampfe zu sterben, fand er jetzt den Tod auf dem Richtplatze. Und bis zum letzten Atemzuge hielt er an der Idee fest, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht das Erstrebenswerteste aller idealen Güter der Menschheit sei. Seinem 18jährigen Sohne, den dem er rührenden Abschied nahm, prägte er noch, so schreibt man der „Wes. Ztg.“, in der letzten Unterredung ein, daß er vor allem an das allgemeine gleiche Wahlrecht denken sollte; er übertrug ihm diese Idee als Vermächtnis des sterbenden Vaters. Dann ging er mutig in den Tod, mit dem ihn beglückenden Bewußtsein, als Märtyrer eines großen Gedankens für sein Volk zu sterben.

Zu der Hinrichtung des Leutnants Schmidt wird noch gemeldet: Der Verteidiger Winterberg hatte mit Schmidt eine vierstündige Unterredung. Als die Exekutions-Mannschaft aufgestellt war, wollte ein Offizier Schmidt die Augen verbinden, was sich dieser jedoch verbat. Seine letzten Worte waren: „Ich habe keinen Menschen getötet, vergessen mich nicht.“ Erst nach der vierten Salve fiel Schmidt von mehreren Augen getroffen um und war tot.

**Deutsches Reich.**

\* **Kaiserslautern, 20. März.** (Reichstags-erschau.) Mittwoch den 21. März findet die Reichstagswahl in Kaiserslautern für den freil. Abg. Sartorius statt, der sein Mandat wegen des bekannten Weinprozesses niederlegen mußte. Dieser Prozeß scheint nicht ohne politische Folgen bleiben zu sollen. Der aufgestellte gemeinsame liberale Kandidat wird darunter zu leiden haben, während die Wahlaktion des Bündlers (Dr. Köhler) und der Sozialdemokratie (des bayerischen Landtagsabgeordneten Klement) erheblich gestiegen sind. Die Sozialdemokraten haben noch in den letzten Tagen eine fieberhafte Tätigkeit entwickelt und am letzten Sonntag im Wahlkreise 22 Versammlungen abgehalten.

\* **Dresden, 20. März.** (Der Verband sächsischer Industrieller) beschloß, eine Gesellschaft für Streikentschädigung zu gründen, sobald der Verein deutscher Arbeitgeberverbände eine zentrale Rückversicherungsgesellschaft gebildet hat.

\* **Hamburg, 20. März.** (Kreuzer-Tauf.) Mit dem Vollzug des Taufaktes des großen Kreuzers D., der am 22. März d. J. auf der Hamburger Werft von Stapel laufen wird, beauftragte der Kaiser den Generalfeldmarschall Grafen v. Hülse.

\* **Lübeck, 20. März.** (Die Synode) vermiß den Gegentwurf des Kirchenrates, der ein Abweichen der Geistlichen von der positiven Lehre als Unübergehen gegen Amtsbefehle bestraft, nach lebhafter Debatte an eine Kommission.

\* **Berlin, 20. März.** (Die Diätenvorlage) oder wie man sie sonst nennen will, ist in den Ministerial-Konferenzen so weit gefördert, um ihre Erledigung im Reichstage zeitig genug zu ermöglichen, daß die süddeutschen Zentrum- und Volksparteimitglieder keinen Anlaß und keine Entschuldigung mehr finden dürften, bei entscheidungsvollen Sitzungen des Reichsparlamentes nach Ostern die Politik einer treulichen „Abstinenz“ zu treiben.

— (Die Reichstagskommission für den Versicherungsbeitrag) verhandelte heute über die Frage der Einbeziehung der Feuerzögelstätten in das Gesetz. Die Aussprache hierüber wird morgen fortgesetzt werden. Auch die Vorsitzenden der Sozialisten erkannten ihre Reformbedürftigkeit an; die Vertreter der Regierung widersprechen eindrucklich ihrer Einbeziehung in das Gesetz, wogegen ein Teil der Kommissionsmitglieder erklärte, daß das Gesetz ohne Gewährleistung der gesetzlichen Regelung der Sozialisten nicht verabschiedet werden könne.

— (Der Hauptvorstand des polnischen Vereines St. J.) teilte mit, daß von den zehn Geistlichen, die das Amt eines Starchen des Vereines St. J. inne hatten, einige ihre Ämter bereits niedergelegt hätten. Im übrigen habe der Vorstand, um sie vor Schlimmerem zu bewahren, ersucht, das Gleiche zu tun.

— (Die Reichstagsreise zum Kaiser-Wilhelm-Kanal) Zu der Informationsreise, welche die

Reichstagsabgeordneten nach Kiel unternehmen werden, um sich über die Notwendigkeit der Verbreiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals an Ort und Stelle zu überzeugen, melden die „Kiel. R. N.“, daß bei dieser Fahrt ein größeres Programm zur Ausführung kommen soll. So wird auch unter anderem eine Besichtigung der Flotte, der Werftanlagen und der Marine-Etablissements stattfinden.

— (V. Pobjielski.) In den Kreisen der Hof- und diplomatischen Gesellschaft wird dem Umstand besondere Bedeutung beigelegt, daß der Landwirtschaftsminister v. Pobjielski seitdem als einziger „Politiker“ bei festlichem Anlaß zum Kronprinzenpaar eingeladen war; ebenso noch zu einem anderen Mitglied des königlichen Hauses. Wir unfererseits möchten in keiner Weise hierin irgendwie ein „Symptom“ erkennen. Nur weil man in den genannten Kreisen ein solches darin zu erkennen glaubte, nehmen wir An davon.

— (Eine Kanzler-Krise?) Die „Schlesische Volkszeitung“ erfährt aus angeblich bester Quelle, der Kaiser habe dem Reichstagsler Fürsten Bälou ein Ultimatum gestellt, falls er die Schaffung des Reichs-Kolonialamtes nicht durchzuführen wolle. Die Gründe seien lediglich in der Person des künftigen Staatssekretärs des Reichs-Kolonialamtes zu suchen, der eventuell sogar Reichskanzler werden solle. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet diese Meldung als eine Ente. Auch die „Germania“ identit betarigen Gerüchten keinen Glauben.

— (Herr Knads Nachfolger.) Die „Morgenpost“ meldet: Die wir hören, ist für das Amt des Direktors im Reichstags anstelle des verstorbenen Geh. Rat Knad der Geh. Rechnungsrat Jungheim in Aussicht genommen. Herr Jungheim führte in der letzten Zeit bereits die Geschäfte des Direktors stellvertretend.

**Ausland.**

\* **Oesterreich-Ungarn.** (Der Landesverteidigungsminister Schönach) wird die Interpellation wegen der Degradierung des bereits verstorbenen Leutnants Erhardt dahin beantwortet, daß gewiß, aber ohne böse Absicht, ein Versehen geschehen sei, dessen Konsequenzen eine Verletzung der Pietät herbeizuführen geeignet waren. Es werde daher die Exhumierung der Leiche und deren Beerdigung auf der Offiziersabteilung angeordnet werden.

\* **Frankreich.** (Die Arsenalarbeiter in Toulon) faßten einen Beschlusstag, in dem sie gegen die Behandlungsweise seitens der Vorgesetzten Einspruch erhoben und in scharfer Weise ihren antimilitaristischen Anschauungen Ausdruck gaben.

— (Der Minister des Innern, Clemenceau) läßt mitteilen, daß er tatsächlich beabsichtige, einen zweiten Besuch im Kaiserreich zu machen, indes hängt dies noch von der Entwicklung der Ereignisse ab.

\* **Spanien.** (Der Senat) nahm endgültig den von einer gemischten Kommission aus Senatoren und Deputierten erstatteten Bericht über den Gegentwurf betreffend die Zuständigkeit der Gerichte zur Aburteilung von Vergehen gegen das Vaterland an.

— (Die Diplomaten in Algier) hatten am 18. März die seltene Gelegenheit, einer spanischen Retraite-Verordnung beizuwohnen, die als außerordentlich feierlich und malerisch geschildert wird. In einem im Freien aufgestellten Mar, der mit Fahnen, Blumen und militärischen Emblemen geschmückt war, wurde Resse gelesen; im Anschluß daran wurden die Retraiten vereidigt und sogen nachher zweimal vor den Fahnen vorüber. Bei dem erstenmal trug jeder Mann das Kreuz, das dadurch gebildet wurde, daß ein Offizier seinen Säbel mit der Fahnenkante kreuzte. Während der ganzen Zeremonie spielte eine Militärkapelle. Bei der Wandlung donnerten 40 Geschütze und die versammelten Soldaten fielen auf die Knie. Nach Schluß der Vereidigung waren die Bevollmächtigten Häupter der spanischen Offiziere bei einem Frühstück.

\* **Großbritannien.** (Unterhaus.) Im Laufe der Beratung über den Gegentwurf betr. die Handels-schiffahrt erklärte der Präsident des Handelsamtes, daß er der Frage näher treten würde, ein Amendement einzubringen, das die Verleihung von Lizensertifikaten an Ausländer verbietet.

— (Die Kommission für das Erziehungs-wesen der Grafschaft Glamorgan) hat eine Unter-Kommission gebildet, die über die Anordnung beraten soll, ein Spezialkorps mit denselben Rettungs-Apparaten auszurüsten, die von den Deutschen in Courrières gebraucht worden sind.

\* **Vereinigte Staaten.** (Webel in Amerika) Die Lokaloganisation in Chicago beantragte H. „Vollst.“ bei dem Exekutiv-Komitee der sozialdemokratischen Partei Nordamerikas, Genossen Webel einzuladen, noch in diesem Jahre eine Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten zu unternehmen.

**Aus Stadt und Land.**

\* **Mannheim, 21. März.** — Zur Einweihung der Lutherkirche in der Rektorsstraße, die kommenden Sonntag stattfindet, ist folgendes Programm aufgestellt worden: Am Vorabend des Festtages Festgäste. Am Morgen des 25. März von 7—11 Uhr Festgäste und Chorabteilungen vom Turm durch den Rosenmayer des Ehrg. Männer- und Junglingsvereins. Um 9 1/2 Uhr Abschiedsfeier in der alten Lutherkirche und Zug in die neue Kirche. Von 9 1/2 Uhr an Eintritt der Kirchgänger durch die Seitentüren der Kirche (Domstraße und Lutherstraße). Um 9 1/2 Uhr Versammlung des Kircheneinweihungs- und der Kirchen-gemeindeversammlung am Hauptportal und Übergabe des Schlüssel durch den Baumeister. Beim Festgottesdienste, der um 10 Uhr beginnt, wird Herr Dekan D. König aus Heidelberg die Worte des Gottesdienstes vornehmen. Die Festpredigt hält Herr Stadtpfarrer Simon. Außerdem wird der Vertreter der Oberkirchenbehörde, Herr Pastor D. Dehler-Karlruhe, eine Ansprache halten. Um 11 1/2 Uhr findet ein Festessen im Rathaus statt. Von 2—4 1/2 Uhr ist Gelegenheit zur Besichtigung der Kirche gegeben. Ein vom Kircheneinweihungsdirektor veranstalteter Gemeindefest, der um 5 Uhr im Reichshausaal unter Mitwirkung des Lutherchorschors stattfindet, wird den Festtag beschließen. — Die Große Kantonal-Gesellschaft Redarvorhaben veranstaltet ihren diesjährigen Sommerfestzug am Sonntag, 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr. Die Auffstellung des Zuges findet im Garten des Gesellschaftshauses (Colophon) statt. Dem Verlauf offizieller Sommerfestzügen wird abgesehen und an deren Stelle zur Dedung der Pflicht etc. Original-Sommerfestlieder verkauft, um deren

zogen Anlauf gebeten wird. Alles Andere besagen die diesbezüglichen Anzeigen.

„Frische Landeier“. Die Händlerin Marg. Fugert von Plarheim hatte das Recht, von dem Bäckereimeister Hofmann in der Amerikanerstraße vor das Schöffengericht zu werden, weil sie den Bäckereier für frische Landeier geliefert hatte. Der ganze Gewinn, den sie bei dem Geschäft machte, betrug 65 Pf. Wie die Angeklagte angab, hatte sie die 90 Eier als frische Eier an den Bäckereiermeister im Januar d. J. für 0 M. 74 Pf. verkauft. Eierhändler Garbin, von dem die Angeklagte die Eier kaufte und welcher als Junge erschien, meinte, wenn man gegen die Eierhändlerinnen vorgehen wolle, die Verkäufer als frische Eier anzupreisen, müsse man wenigstens die Hälfte der Marktwerte unter Anklage stellen. Frische Eier, die trotz ihrer Bezeichnung schon einige Monate lagern, werden zu einem viel höheren Preise als der angegebene bezahlt und frische Landeier im Januar mit 14—15 Pf. Das Gericht ist bez. Anklage, daß der Bäckereiermeister als Knepper wissen mußte, daß er keine frische Eier erhielt und sprach die Angeklagte frei.

**Theater, Kunst und Wissenschaft.**

Der Lehrergesangsverein veranstaltet, wie bereits mitgeteilt, kommenden Samstag, abends 8 Uhr, im Nebenlokal sein zweites Konzert. Brachte derselbe in seinem Herbstkonzert größtenteils Chöre schwerer, ernster Natur, so ist das Frühjahrsprogramm mit solchen leichter, lustiger Art ausgestattet. In herrlichen Kompositionen — zum Teil mit Klavierbegleitung — befangen Schubert, Thulke, Sitt, Glühmann, Silber, Jungst und Effer die Natur, den Frühling, die Liebe in so feiner, poetischer, schäuderhafter Weise, daß es dem Hörer ordentlich warm ums Herz wird, wenn er solche Perlen von dem gewaltigen, auf den Stufen höchster Leistungsfähigkeit wandelnden Chort des Lehrergesangsvereins in die Seele gefangen erhält. Um einem größeren, musikalischen Publikum den Besuch des Konzertes zu ermöglichen, sind Sitzplätze im Saale und auf der Empore zu niedrigerem Preise in den Musikalienhandlungen von Hefel und Schiele, sowie an der Abendkasse zum Verkaufe aufgelegt.

Kunstgenossenschaft „Walzau“ (Verein für angewandte Kunst und künstlerische Kultur). Der bereits angekündigte Vortrag des Herrn Dr. Wilhelm Köhler über die Errichtung eines Heine-Denkmal in Mannheim wird Mittwoch, 28. März, im Kasinoale stattfinden. Es handelt sich hier nicht um die Bevorzugung unserer Stadt, sondern um die Berechtigung derselben als Rheinort und als ehemalige Hauptstadt des Heimatlandes Heinrich Heines zu einer Ehrung des Dichters. Die Denkmäler, die Mannheim bisher errichtet hat, können neben denen anderer gleich großer Städte sicherlich bestehen. Zunächst soll überhaupt dahin gewirkt werden, daß Mannheim für das große Denkmal in Frage kommt, die Seiten, da man Mannheim als hässlichste Kleinstadt behandelt, sind längst vorbei. Herr Dr. Köhler's glänzender Vortragsführung, so wird uns geschrieben, wird es gelingen, das Augenmerk in dieser Frage ernstlich auf Mannheim zu lenken und zu dokumentieren, daß Mannheim in die Reihe für ideale Interessen wirkender Kunststätten wieder einzutreten beginnt. Dem Vortrag darf man mit größter Spannung entgegensehen.

Dochschulnachrichten. Der o. Professor Dr. Ernst Kopen-Tabingen, Vorstand des geologisch-mineralogischen Instituts, soll von der Universität Halle für die defektive erledigte o. Professur für Paläontologie und Geologie an erster Stelle in Vorschlag gebracht werden. — Dr. Albert Jensonel (aus Andau) seit März 1901 Privatdozent für Dermatologie und Syphilisologie an der Universität München, ist zum außerordentlichen Professor für Haut- und Geschlechtskrankheiten in der Gießener Universität ernannt worden. Er wird sein neues Lehramt bereits am 1. April l. J. antreten. — Dem bisherigen Mitarbeiter am Germanischen Wörterbuche Dr. phil. Henry Seedorf in Göttingen, der erst vor kurzem als Nachfolger Vahlebens zum Stadtbibliothekar in Bremen berufen wurde, ist vom preussischen Kultusminister der Professortitel verliehen worden. Prof. Seedorf ist am 11. Nov. 1868 zu Bremen geboren. — Wie berichtet wird, hat Prof. Dr. J. Schaefer von der landwirtschaftlichen Abteilung der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Paris nach neuen Unterhandlungen die Berufung an die zu gründende Handelshochschule in Berlin angenommen. — Sein 53jähriges Professoren-Jubiläum begeht im Laufe dieser Woche der ordentliche Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Breslau und Direktor des Universitätsinstituts für Tierproduktionslehre Dr. phil. Friedrich Goldschmidt, welcher am 21. März 1851 hier zum Extraordinarius für Landwirtschaftslehre und Agrarchemie ernannt worden ist.

Stuttgarter Residenztheater. „Doppelte“, der neue Schwanz von Kurt Kraus, hatte kürzlich einen vollen Erfolg.

Im Befinden von Josef Kainz, der aus ärztlichem Anspruchs infolge einer starken Erkältung an einem Augenkatarrh erkrankt ist, ist heute eine leichte Besserung eingetreten.

Die Ausstellung der Berliner Sezession. Die Sezession eröffnet ihre Ausstellung schon am 21. April. Es ist die zweite Ausstellung und die erste Ausstellung der Sezession in ihrem neuen Gebäude am Kurfürstendamm. Die vorjährige Ausstellung, die das Haus eröffnete, ging vom Deutschen Künstlerbunde aus.

Karoline Tellheim, eine der bekanntesten Wiener Operetten-Sängerinnen der Offenbach-Zeit, ist im Alter von 64 Jahren gestorben. Ihr eigentlicher Name war Tellheim; zu dem abgeklärten Pseudonym hat offenbar der Umhang beigetragen, daß ihre Tante, die berühmte Altistin Karoline Gempers-Tellheim, den gleichen Vor- und Zunamen trug.

**Badische Politik.**

\* Heidelberg, 20. März. (In der letzten Plenarversammlung der Handelskammer) wurde die Einberufung eines badischen Handelstages angesetzt, um gegen den Vermögenssteuergeheimverstoß Stellung zu nehmen.

**Badischer Landtag.**

2. Kammer. — 48. Sitzung.

Ch. Karlsruhe, 21. März.

Präsident Dr. Wildens eröffnet die Sitzung. Am Regierungsrat Minister des Innern Dr. Schenkel und Regierungskommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Budgets des Ministeriums des Innern bei Position

**„Bezirksverwaltung und Polizei“.**

Abg. Fröhlich (frei.) wünscht, daß zu Nachtzeiten die Schulpolizei nicht allein, sondern zu zweit patrouillieren können. An den Tagen sollte etwas mehr Mühe genommen werden auf die Schulpolizei. Was die Steuerfrage angeht, ob ein Beamter mit seinen Beschwerden sich an die Sozialdemokratie wenden dürfe oder nicht, so werde sich wohl der Minister inzwischen überzeugen haben, daß die Frage nicht im Sinne des Ministers weder von einer Partei des Hauses noch von der Presse beantwortet werde. Die Meinung des Ministers werde ja geführt durch das Beamten-Gefühl, über diesem aber liege die Verfassung. Es sei eine Schandenstunde, wenn man glaube, daß ein Beamter, der sich an die Sozialdemokratie mit seinen Beschwerden wendet, von der

Marxistischen Lehre überzeugt sei. Nicht bevestiglich sei ihm, wie der Abg. Ged mit solcher Nervosität dem Tabe des Ministers gegenüberreden konnte. Damit habe der Abg. Ged der Sache keinen Zweck gedient. Der Minister habe stets auf liberalem Boden gestanden und sozialpolitisch sich nie auf reaktionärem Standpunkt befunden; nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten sollte man den Minister beurteilen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Heimbürger bringt verschiedene kleinere Beschwerden vor. Was die Revolution von 1848-49 anlangt, so stimme er den Ausführungen Benedek's bei. Man sollte die Ereignisse vom historischen Standpunkt betrachten und nicht immer wieder vom politischen Standpunkt. Man wird dann auch nicht mehr das böse Wort vom Karlsruher Spritzen gebrauchen. Dem Abg. Heimbach erwidere er auf seine Ausführungen zu den Beamtenpetitionen, daß man über den heutigen unerquicklichen Zustand nur durch nachhaltige Besserung der Verhältnisse der Beamten hinwegkommen könne.

Abg. Lehmann (Soz.): Die Stellung, die der Minister eingenommen hat in der Frage, ob Beamte auch bei den Sozialdemokraten mit Beschwerden vorstellig werden dürfen, ist zweifellos verfassungswidrig. Niemand hat den Mut gehabt, selbst der Minister nicht (!?), den Soz. zu verteidigen. In der Braut des Ministers wohnen zwei Seelen, eine bürokratisch-kapitalistische und eine ein klein wenig liberale. Ich verleihe auch, daß es dem Abg. Dr. Ding sehr schwer geworden ist, in dieser Frage Stellung zu nehmen, und er hätte wohl viel lieber zur Bitte der Bädergesellschaft um Längersaabsin gesprochen. Wenn der Abg. Heimbach haben will, daß wir eine Erklärung abgeben über unsere Stellung zu den Erhebungen über die politische Tätigkeit der katholischen Geistlichkeit, so erkläre ich in drei Teufels Namen, daß wir...

Präsident Dr. Wildens: Ich muß beanstanden, daß Sie eine Erklärung in drei Teufels Namen abgeben. (Heiterkeit.)

Abg. Lehmann (fortfahrend): Nun, ich hatte mich geirrt, es gibt nur einen Teufel.

Abg. Fröhlich (bayrischenrufend): Hundshunderttausend Teufel. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lehmann (fortfahrend): Ich kann hier erklären, daß mir jedes Unrecht, welches den Geistlichen zugefügt wird, ebenso verurteilen wie jedes andere Unrecht. Wenn sich die Beamten an Sozialdemokraten wenden, so habe man ihnen nicht verwehren, daß sie sich an die Abgeordneten wenden, zu denen sie das größte Vertrauen haben. Die Schulpolizei seien Proletarier, der Minister unterjochte dem Wort „Proletarier“ einen ganz falschen Sinn. Der Minister habe den Beamten das Recht bestritten, sich an die Sozialdemokratie zu wenden und durch ein Taschenpfeifenstückchen (Ordnungsdruck des Präsidenten) den Abgeordneten verschwinden lassen und von Beschwerdebureaus der Sozialdemokratie gesprochen, die garnicht bestehen.

Abg. Kräuter (Soz.): Wir lassen uns das Recht nicht nehmen, daß Beamte sich bei uns beschweren. Solange der Minister solche Reden wie am Samstag führe, schüre er die Gegensätze zwischen den Parteien. Man dürfe es doch den Beamten nicht übel nehmen, wenn sie sich an den Abg. Kräuter wenden, den am Stühnahltag selbst Universitätsprofessoren, Referendare und Regierungsbeamte wählten. Wenn er gesagt habe, daß einmal die Beamten ihre Spitze gegen die Regierung wenden möchten, so habe er die papierne Spitze gemeint (Lachen), nämlich den sozialdemokratischen Stimmzettel.

Abg. Schmidt-Bretten (f. V.) kritisiert das Verhalten der Militärvereine bei den letzten Wahlen. (Der Präsident erucht hiervon Abstand zu nehmen.) Er sei der Meinung, daß jeder Beamte das Recht habe, sich an einen Abgeordneten zu wenden, welcher Parteihaltung er immer annehmen möge. Man habe sich im Lande gewundert, daß Minister Schenkel sich am Samstag in solch scharfer Weise gegen die Sozialdemokratie wendete, obwohl er sonst mit dieser sympathisiert habe. (Lachen.)

Abg. Wittum (nall.): Mit der gestrigen Rede des Ministers bin ich im großen und ganzen einverstanden; sie hat mir überhaupt sehr imponiert. Die Rede hat scheinbar auch den Sozialdemokraten imponiert. (Zuruf Eichhorn: Darum nicht.) Die beiden sozialdemokratischen Redner haben sich auch heute viel ruhiger verhalten. Nach meinen Anschauungen hat sich bei einem großen Teil unserer Beamtenklasse eine starke Disziplinlosigkeit eingebürgert; und wenn die gestrige Debatte dazu beigetragen hat, die Disziplin der Beamten wieder zu heben, so wäre das sehr zu begrüßen. Ich kann nicht glauben, daß die Schulpolizei sich in großer Zahl an die Sozialdemokraten wenden, das wäre eine direkte Verstärkung der bürgerlichen Abgeordneten. Der Herr Minister möge dafür sorgen, daß die jungen Amteute ihre untergeordneten Schulpolizei gerecht behandeln; dann würde sich kein Schulmann mehr an die Sozialdemokraten wenden. Am Samstag hat der Abg. Franz eine sehr aufreizende Rede gehalten und eine grobartige Demonstration in Mannheim in Aussicht gestellt. Nun hat aber der feisende Berg ein kleines Mäuslein geboren. Es war von Mannheimer Polizeidirektor Aug den Sozialdemokraten mitgeteilt, was erlaubt und verboten sei, und Aug von den Mannheimer Genossen, sich diesen Weisungen zu fügen. Der Abg. Eichhorn hat gestern die badische Sozialrevolution von 1848 in einer Weise verherrlicht, die in den weltlichen Kreisen Entrüstung hervorgerufen wird. Dem Abg. Eichhorn war es vorbehalten, mit einem Schimpfwort das Andenken eines Märtyrers zu beschimpfen, bei dessen Hinrichten der ganze Erdball trauerte. (Beifall.)

Abg. Dr. Franz (Soz.): Der Abg. Eichhorn habe, als die Revolution von 1848/49 angebrochen wurde, mit seiner Weigerung nur dazutun wollen, daß ein späterer deutscher Kaiser gegen die Aufständischen in Baden zu Hilfe gerufen wurde. Ich habe immer mit großen Beweisen den Aushörungen gelauscht, der Minister sei ein liberaler Minister; der Minister wisse dann seinen Liberalismus wenigstens sehr gut zu verbergen. Beim Minister vermisse ich vor allem eine gesunde sozialpolitische Anschauung. Ganz unahntbar sei es, wenn der Minister unter Proletarier den Andauer der Menschheit verleihe; Minister bedeute ursprünglich auch Anrecht, was würde der Minister sagen, wenn wir ihn nicht als obersten Beamten sondern als Knecht ansprechen würden. Von großer praktischer Bedeutung ist für und die am Samstag vom Minister aufgeworfene Frage, wenn wir uns hier dagegen bewahren, so geschieht das lediglich aus prinzipiellen Gründen. Die Auffassung, die der Minister hier behauptet hat, ist nicht geeignet, dem Staatsinteresse oder der Staatsautorität zu dienen; sie würde lediglich blinde Kadavergehörigkeit erzeugen. Die Prädikate würde nicht die Regierung sondern die Sozialdemokratie ernennt. Es wird sicher für das Land von großem Interesse sein, wie sich die beiden großen Parteien zur Ausnahmehandlung der Sozialdemokratie stellen; besonders interessant war es auch, wie der Praktikant des Zentrums mit dem Versammlungs- und Petitionsrecht umsprang. Da dürfte wohl auch das Zentrum einmal vor dem Versammlungsrecht der Arbeiter nicht halt machen. Die Szene am Samstag ist der laute Ausschrei eines tiefgekänkten Abgeordneten gewesen.

Abg. Lehmann (nall.): Was gestern und heute auf die Szene vom Samstag von Seiten der Sozialdemokratie folgte, war nichts anderes als ein Rückwärtsgeht. Wenn über die Ereignisse von 1848/49 gesprochen wurde, so liegen die Dinge soweit zurück, so daß man sie wohl mit Ruhe beurteilen kann. Wenn der Großherzog, der diese Jahre zu den schönsten seines Lebens rechnet, die Ereignisse mit Ruhe bei der Centenariofeier der Heidelberger Universität beurteilt, so sollen wir das gleiche tun. Die Klämpen von 1848/49 würden sich im Kreise umdrehen, wenn sie jähren,

welche Partei sich heute ihrer annimmt. Der Kollege Heimbach hat die Wahl in Freiburg zu einer Anklage gegen die Ministerbank angekündigt; er hat sich da aber an eine falsche Adresse gemeldet. Wenn der Abg. Heimbach alle die aufgab, die den Sozialdemokraten trüble, alle von Bildung und Geist, so haben sich diese Männer wohl ihren Schritt reiflich überlegt. Wenn Universitätsprofessoren den Sozialdemokraten wählten, so hätte der Abg. Heimbach daraus entnehmen sollen, welche große Verstimmlung gegen die Politik des Zentrums Platz gegriffen hat. Daß wir durch die ganze Debatte an unserem Urteil über den Minister nicht etwas geändert sind, hat heute schon der Abg. Fröhlich ausgeführt. Dem ist mich ruhig anschließen kann. (Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Duffner (Str.) spricht zur Frage der Errichtung von Hocherziehungsinstituten und bittet die Regierung, der Verbesserung der Wasserläufe durch die chemischen Fabriken entgegenzuwirken.

Abg. Mehr-Lahr (nall.) spricht gleichfalls zur Reinhaltung der Wassläufe.

Abg. Müller (nall.) wünscht, daß auch den Tierärzten gestattet sein sollte, in der Ausübung ihrer Praxis Güterzüge zu benutzen.

Seh. Ober-Reg.-Rat Glöckner: Der Mannheimer Demonstration vom 18. März ist hier wieder gedacht worden; der Abg. Lehmann hat hier gesagt, daß die Polizei nur für Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen habe. Allein das Versammlungsrecht mache zur Pflicht, daß Versammlungen unter freiem Himmel 15 Stunden vorher angemeldet sein müssen. Da dies nicht geschah, sei der Erlaß des Mannheimer Polizeidirektors ergangen. Das Niederlegen von Kränzen auch mit roten Schleifen auf den Gräbern der 1849 Handredlich Erschossenen sollte nicht beanstandet werden. Den Beschwerden des Abg. Duffner werde das Ministerium nachgehen; die intensive Fischpflege der letzten 20 Jahre habe bereits recht segensreiche Wirkungen gehabt. Durch die chemisch-technische Verunreinigung sei ein Verfahren ermittelt worden, welches die Verunreinigung der Wasserläufe hintanzulassen als geeignet erseheint. Die Unterstützung des Wunsches, Tierärzten auch die Fahrt auf Güterzügen zu gestatten, könne das Ministerium gerne zusage. Inzwischen zurückweisen muß ich, daß, wie der Abg. Lehmann ausführt, die Schulpolizei geistlich regiert werden. Beschwerden von Schulpolizisten werde nicht nachgegangen werden. Wenn der Abg. Kräuter gesagt habe, daß Schulpolizei keine Angelegenheiten über Studenten sondern nur über Arbeiter bringen dürfen, so sei das eine Übertreibung.

Abg. Sühling (Soz.): In Mannheim sei ein Schulmann mit Arrest bestraft worden, weil er ohne weiße Handschuhe angetroffen wurde.

Abg. Eichhorn (Soz.): In Mannheim sei ein Schulmann mit 3 Tagen Arrest bestraft worden, weil er, um sich zu erwärmen, einen Schnaps getrunken habe. Redner spricht absondern zur Frage der Erwerbung der Staatsangehörigkeit: die Behörden sollten den Geschäftstellern bei der Beschaffung der erforderlichen Papiere keinen Willkür erlauben. Etwas toleranter sollte man auch sein bei der Naturalisation von Ausländern. Auf dem Gebiete der Zwangs-erziehung sollte man mit der größten Vorsicht zu Werke gehen. Es scheint notwendig zu sein, die Zwangs-erziehung nur dann auszusprechen, wenn ein kontraktarisches Verfahren vorhergegangen ist; auch müßte es möglich sein, eine solche Zwangs-erziehung wieder aufzuheben. Die Ausführung der Zwangs-erziehung müßte gleichfalls größere Garantien bieten.

Abg. Dieterle (Str.) spricht zur Zwangs-erziehung.

Abg. Dr. Ding (nall.): Das gerichtliche Verfahren bei der Zwangs-erziehung biete alle Garantien für eine sorgfältige und gerechte Behandlung; ein kontraktarisches Verfahren scheine nicht angeeignet. Ob Anstalts- oder Familien-erziehung vorzuziehen sei, ist eine große Streitfrage; er sei der Meinung, daß die Familien-erziehung der Anstalts-erziehung im ganzen vorzuziehen ist.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Lehmann (Soz.), Eichhorn (Soz.) und Birkenmayer (Str.) zur Zwangs-erziehung erhält noch das Wort

Seh. Ober-Reg.-Rat Glöckner: Es würde nichts in den Weg gestellt werden, die Hilfe der Bezirksamter zur Beschaffung der für die Erwerbung der Staatsangehörigkeit erforderlichen Papiere in Anspruch zu nehmen; eine generelle Anweisung könnte nicht erfolgen. Auch sei es nicht richtig, daß eine besondere Strenge bei der Naturalisation von Ausländern obwalte. Das Gesetz über die Zwangs-erziehung sei reformiert, scheine nicht notwendig, da es alle Handhaben, die der Abg. Eichhorn verlange, biete.

Hierauf wird die Debatte über die Position „Bezirksverwaltung und Polizei“ geschlossen.

Zur persönlichen Bemerkung erhalten das Wort die Abgg. Heimbach (Str.) und Eichhorn (Soz.)

Schluß der Sitzung: 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag vormittag 9 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung.

**Letzte Nachrichten und Telegramme.**

\* Darmstadt, 21. März. Die zweite heftige Kammer nach dem Gesetzentwurf betr. die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über die Gemeindeumlagen vom 30. März 1901 und einen Ausschussantrag an, der die Regierung ersucht, daß sie mit Beschleunigung eine Aufhebung der preussischen Autonomie der Gemeinden in Bezug auf Gemeindeumlagen und Abgaben, insbesondere hinsichtlich der Abgaben bei Mobilienveräußerung in die Wege leite. Hierauf wählte die Kammer den vor 3 Monaten gewählten Präsidenten wieder und vertagte sich bis zur nächsten Woche, in der gleichzeitig mit der 1. Kammer eine Sitzung stattfinden wird.

\* Stuttgart, 21. März. Wie der „Südwestische Kurier“ meldet, entlegte gestern Abend der von Bruchsal kommende Schnellzug bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Heilighelm. Der letzte Wagen, der direkte Wagen Amstern-Allm, der jedoch nur schwach besetzt war, wurde vollständig umgeworfen, jedoch die Insassen durch die Wagenheberungen unversehrt. Mehrere Reisende und der Wagenwärter wurden leicht verletzt; die übrigen kamen mit dem Schrecken davon. Von Stuttgart und Cannstatt wurden alsbald Verhütungsmittel mit einem Hülfzuge entsendet, die die Straße freimachten.

\* Berlin, 21. März. Heute vormittag 10 Uhr 30 Min. ließ der arbeitslose Klempnergehilfe Otto Schuster in der Seegasse auf den Major im großen Generalstabe Stoenner aus einem kläufigen Revolver 3 Schüsse ab, ohne zu treffen. Der Grund zur Tat ist angeblich schlechte Behandlung beim Militär und Arbeitslosigkeit.

\* Madrid, 21. März. Der König weigerte sich die Demission des Kabinetts anzunehmen. Der französische Botschafter wurde heute vom König empfangen.

\* Kapstadt, 20. März. Mit Bezug auf die Ausherrungen des Deutschen Obersten von Deimling im Südafrika von der Tzitsischen Grenze her teilt das Blatt „Cape Argus“ mit: Es sind gleich dem Anfang Schritte getan worden, um die erforderlichen Mengen an Vorräten fernzubehalten und die Hinüberführung zu erleichtern. Der Betrag für den monatlich Urlaubsdienst gegeben werden sollen und der in einer Besprechung mit dem deutschen Generalstab festgestellt wurde, ist bisher noch niemals erteilt worden.

Uffica (Italien), 21. März. Die Schiffe „Ceres“ und „Euridice“ sind vier eingetroffen, um erforderlichenfalls die Einwohner und die Strafgefangenen an Bord zu nehmen. Fast die ganze Bevölkerung kampiert auf freiem Felde. Es erfolgen immer noch Erdstöße, die mehr oder minder heftig sind. Die Strafgefangenen verhalten sich ruhig.

New-York, 21. März. Der Senat lehnte die Klagen der Festigung der Philippinen ab. Admiral Dewey erklärte in „Jeff. Sig.“ vor dem Marinemittel des Repräsentantenhauses. Zwei Kriegsschiffe von 18 000 Tonnen seien notwendig und wies auf Deutschland und Japan hin, deren Flottenstärke Amerika bedrohe.

W. Zweibrücken, 21. März. Der frühere Stadteinknehmer Lieb von Ludwigshafen wurde heute vom Schwurgericht wegen fortgesetzter Diebstahl im Amt, Unterschlagungen von rund 81 000 Mark, zu 4 Jahren Zuchthaus abgeurteilt. 3 Monate Untersuchungshaft darunter. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden nicht aberkannt.

Reichstagsabgeordneter Reymann †.

Berlin, 21. März. Justizrat Reymann, Reichstagsabgeordneter für den 8. Wahlkreis des Regierungsbezirks Wiesbaden, der während der gestrigen Reichstags-Sitzung einen Schlaganfall erlitten hatte, ist heute früh 7 Uhr in seiner hiesigen Wohnung gestorben. Er war als Angehöriger der freil. Sp. von 1881 bis 1887 und seit 1889 Mitglied des Reichstags.

Reichstagsverfassung.

Dechingen, 21. März. Bei der gestrigen Reichstagswahl erhielten nach vorläufiger Feststellung: Dr. Belzer (Ztr.) 7001, Reich (Liberal) 1908, Hill (Soz.) 822 Stimmen. Der Sitz ist 183. Belzer (Zentr.) gewählt. (Die Ersatzwahl nach dem Tod des Abg. Hummel (Zentr.) nötig geworden.)

Das Grubenunglück in Courrières und der Bergarbeiter-Aufstand in Süd-Spanien.

Poué, 21. März. Heute morgen sind 80 000 Bergleute im Aufstand.

Die Inventuraufnahme in den französischen Kirchen.

Saugues (Departement Haute-Loire), 21. März. Eine Kompanie Infanterie ist hier eingesetzt, um bei der Inventuraufnahme in verschiedenen Gebirgsdörfern mitzuwirken. Man befürchtet ernste Unruhen.

Erdbeben auf Formosa.

Souva, 21. März. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Infolge teilweiser Wiederherstellung der Verbindungen gelangen jetzt Einzelheiten über große Erdbeben auf der Insel Formosa hierher. Danach wird gegenwärtig die Zahl der Umgekommenen auf mehrere Tausend geschätzt. Die ganze Insel wurde durch Erdstöße erschüttert, die vom frühen Morgen des 17. März bis spät in die Nacht hinein fortbauerten. — Leichte Erschütterungen wurden auch in Japan verspürt, so wurden in Kumamoto während der Nacht und am folgenden Morgen fünf deutliche Erdstöße wahrgenommen. — Telegramme aus Formosa melden, daß die blühenden Orte Dabrisjo, Naisibts und Slatins vollständig zerstört worden sind. In Nagai sind 200 Eingeborene und 7 Japaner ums Leben gekommen. Die Behörden verriethen die Geschäfte entweder unter offenem Himmel oder in schnell zusammengedrückten Hütten. In Dabrisjo wurden etwa 600 Tote gezählt. Der Sachschaden ist ungeheuer.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 21. März. Ueber die Verabredung der Bank „Kreditgesellschaft auf Gegenseitigkeit“ in Moskau meldet die „Kosowoje Wremja“: Die Häuber, junge Leute von intelligentem Aussehen, hatten den Bankbeamten erklärt, sie kämen im Auftrag des Revolutionskomitees und würden bei dem geringsten Widerstand von den mitgeführten Bomben Gebrauch machen. Die Verabredung des Selbstmordes wurde mit überraschender Kaltblütigkeit ausgeführt. Drei Bomben, die von den Häubern zurückgelassen wurden, wurden von einem Artillerieoffizier entladen, der erklärte, eine derselben, die von besonders starker Wirkung sei, könne nur im Ausland hergestellt sein.

Petersburg, 21. März. Der „Kosowoje Wremja“ zufolge ist in Moskau die Meldung eingegangen, daß in den Zuzowla-Werken etwa 16 000 Arbeiter in den Aufstand getreten sind und die Moskauer Fabrikanten auch einen Aufstand in Moskau befürchten, wo sich unter den Arbeitern bereits eine unruhige Stimmung bemerkbar mache.

Petersburg, 21. März. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht ein an den Kriegsminister gerichtetes Reskript des Kaisers, das die Dauer des aktiven Militärdienstes im Landheer für die Infanterie und Artillerie auf 3 Jahre, für die anderen Truppen auf 4 Jahre festsetzt und die Reserve in zwei Klassen teilt, deren eine zur Komplettierung der Fronttruppen und deren andere zur Komplettierung der zweiten Linie dienen soll.

Die Marokkofonferenz.

Paris, 21. März. Der von einem Franzosen in Oran ten Konferenzdelegierten in Algeciras überreichte Brief, in dem angeblich eine Anzahl Gelder zugunsten des Präsidenten Du Hamara eintreten, wird vom Berichterstatter des „Matin“ als unrichtig angesehen. Man glaubt, daß dieses Schriftstück in Oran fabriziert worden ist.

Algeciras, 20. März. In der heutigen Kommissionssitzung wurden die in den Briefen des Sultans geäußerten Bedenken besprochen, so die Bedenken gegen die Ueberlassung der Regelung mancher Punkte an das diplomatische Korps; dabei wurde festgestellt, daß man in vierzehn Fällen dem diplomatischen Korps die endgültige Regelung überlassen habe. Weiter erklärte der zweite französische Delegierte Rognauld, daß er in der Kommissionssitzung vom 14. d. M. nicht ein neues Projekt habe vorgebracht, sondern lediglich dasjenige Duvalis dem Botschafter habe nähern wollen. Von dem Generalinspektor habe er dabei nicht gesprochen, weil er in dieser Frage die Meinungen seiner Regierung noch nicht erhalten habe. Es wurde von dieser Erklärung Notiz genommen. Weiter wurde heute von dem deutschen Delegierten ausgeprochen, daß ein Mandat an Frankreich und Spanien nicht beschlagnahmt sei, sondern daß es sich nur um die Auswahl von Inspektoren für die Polizei-Organisation und

Franzosen und Spaniern handeln könne. Rognauld wollte eine genaue Definition der Befugnisse des Generalinspektors, den Frankreich im Grundgesetz annimmt. Es ist, wie die „Allg. Ztg.“ meint, kaum anzunehmen, daß diese Befugnisse im jetzigen Augenblicke, wo Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Berlin, Wien und Paris über eine Abänderung des österreichischen Projekts schweben, definiert werden können, da es sich bei etwaigen abgeänderten Vorschlägen des Grafen Belfort hauptsächlich um den Generalinspektor drehen würde; es ist also nicht zu erwarten, daß in der auf morgen festgesetzten Kommissionssitzung hierüber etwas entschieden wird. Die nächste Plenarsitzung wird stattfinden, sobald die Verhandlungen zwischen den Kabinetten zum Abschluß gebracht sind, auf keinen Fall vor Donnerstag.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung, 21. März.

Am Bundesratstische niemand.

Zu Beginn der Sitzung leitete Präsident Graf v. Helldorf dem heute vormittag verstorbenen Abgeordneten Reymann (freil. Sp.) einen Kranz. Das Haus erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen.

Es folgt die Beratung des Initiativentwurfes Liebermann von Sonnenberg (fortsch. Bergg.), welcher die Herbeiführung von Verhandlungen der Bundesregierungen verlangt, daß besonders die Versammlungsfreiheit wirksam vor gewaltthätigen Eingriffen geschützt werde. Liebermann begründet seinen Antrag und weist besonders auf die Praxis der Sozialdemokraten hin, die ihre nunmehrige Ueberlegenheit dazu benutzen, die Rechte der Gegner gewaltthätig zu vernichten und deren Versammlungen zu sprengen.

Baudez (Soz.) stimmt dem Antrage zu und sagt weiter: Für die Begründung des Antrages gelte jedoch das Sprichwort: Wer im Glas haust, soll nicht mit Steinen werfen. Jüngst sprengten die Antisemiten eine Versammlung, in der Prof. Reiser einen Vortrag hielt. Die antisemitischen Dankschreiben zeigten sich dadurch aus, daß sie die Versammlungen anderer gesinnter Handlungsgesellschaften sprengten. Die anderen bürgerlichen Parteien nähmen, wo sie die Mehrheit haben, die Sache getadelt aus. Im Eisenacher Wahlkreise rief die antisemitische Agitation eine Erregung hervor, wie sie dort nie zuvor bestand. Bürgerliche Organe beschäftigten dies.

Dießert (Zentr.): Wir sind gegen die Tendenz des Antrages und die vorgeschlagenen Mittel. Die Konsequenzen daraus sind mißverständlich. Die Volksgewalt wird in unzulässiger Weise erweitert. Es wird immer Draufgänger geben, die über Strenge klagen. Wenn im Offener Wahlkreise Gegner unserer Versammlungen sprengten, so sprengten wir sie doch nicht. Was die Antisemiten (Heiterkeit) Unhaltbar und überlebt ist die Aufstellungsbeugnis der Beamten. Richtig ist vor allem ein Reichsvereins- und Versammlungsgesetz und ein Schutz gegen die Bestrebungen, das Koalitionsgesetz illusorisch zu machen. Wir brauchen ein Gesetz, das verhindert, daß die Großindustriellen ihre Arbeiter zu Heulen bezubehalten.

Berlin, 21. März. Die Budgetkommission des Reichstages lehnte den Staatssekretär für das nengegründete Kolonialamt mit 17 gegen 11 Stimmen ab und erklärte sich damit auch gegen ein selbständiges Reichskolonialamt. Dagegen wurde der Unterstaatssekretär demissionär und ihm statt 20 000 gegen 25 000 M. zugesprochen. Gleichzeitig soll er die Befugnisse haben, den Staatssekretär des auswärtigen Amtes zu vertreten.

Berlin, 21. März. Die Steuerkommission nahm den Frakturkundenstempel in einer gegen die Beschlüsse der ersten Lesung erweiterten Fassung an.

Beratung des städtischen Voranschlags für 1906 am Mittwoch, den 21. März.

2. Tag.

Oberbürgermeister Wed. eröffnet um 9,26 Uhr die Sitzung in Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Die Galerie ist sparsam besetzt.

Es wird sofort in die

Spezialberatung des Voranschlags

eingetreten.

Stv. 1. Beirat beantragt namens der sozialdemokratischen Fraktion, den Restbetrag von 273 096 M. zu streichen und für einen Volkshausfonds zu verwenden.

Oberbürgermeister Wed. bittet, den Antrag abzuweisen, da er eine Erhöhung der Umlage um 2 Pfg. bedeuten würde.

Stv. 2. Beirat bemerkt, daß gegen schon von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen wurde, daß die Ausgaben für die Schulhausbauten nicht immer aus Anleihegeldern bestritten werden können, sondern auch aus laufenden Mitteln begahrt werden müssen. Auf diesem Gedanken beruht auch der sozialdemokratische Antrag. Seine Fraktion beste diesem Antrage nicht unparthysisch gegenüber, aber ohne jede Ueberleitung könne man nicht zustimmen und wir behalten uns deswegen vor, diesen Gedanken weiter zu verfolgen.

Stv. 1. Beirat erwidert dem Wortredner, daß er keinen Ausführungen eine gewisse Berechtigung nicht absprechen könne. Wenn ein solcher Wille vorhanden sei, könne man die 175 000 M. sehr gut dem Schulhausfonds überwiesen. Jetzt sei die beste Gelegenheit dazu da. Die Einsetzung dieses Fonds soll kein schickensamer sein, sondern er solle sich jeweils nach dem gegenwärtigen Stande des Budgets richten. Dieses Jahr wolle es ja ein gutes finanzielles Ergebnis auf, so daß man sich diese Summe schon leisten könne. Er glaube, daß auch der Herr Oberbürgermeister einverstanden sein könnte, wenn er dem Schulhausfonds ein geneigtes Ohr geben wollte.

Stv. 3. Beirat weist darauf hin, daß die 167 000 M. Reserve aufbewahrt werden müßten, weil das Jahr 1907 darauf ein Recht habe. Im Übrigen sei die Frage, wer die Schulhauskosten tragen solle, eine Frage von höchster Bedeutung. Es wäre eigentlich richtig, daß der Staat die Schulkosten bezahle würde, weil sie der Allgemeinheit zugute kommen. Trotzdem möchte er die Bitte dringend bitten, den Gedanken mit sich für später heranzutragen.

Stv. 4. Beirat richtet an den Stadtrat das Ersuchen, die Gründung eines Schulhausfonds in Erwägung zu ziehen. Für diesmal könne er sich dem Antrag der Sozialdemokraten nicht anschließen.

Oberbürgermeister Wed. bemerkt, an sich sei ihm der Gedanke, einen Schulhausfonds zu gründen, durchaus sympathisch. Die Schuldenpolitik der Städte stehe mit der Frage der separaten Haushaltung im allergrößten Zusammenhang. Die Schuldenpolitik der Städte beruhe jedoch auf dem, wenn man für eine Reihe von großen Unternehmungen Separatfonds anlege. Er habe f. B. in der 1. Kammer eine Anzahl von Ethen aufgestellt, die eine Auslegung erfahren haben, die ihm nicht vollständig passe. Er habe damals gesagt, der Stadtrat könne einmal in die Lage kommen, bestimmte Bedürfnisse, die er höher aus laufenden Mitteln decken könne, aus Anleihegeldern befriedigen zu müssen. Er habe weiter

gesagt, daß heute eine gewisse Differenz im Schoße der Regierung in dieser Frage bestehe. Redner begründet eingehend seinen in der 1. Kammer entwickelten Standpunkt und stellt an Hand der Ueber seine früheren Meinungen über die Schuldenpolitik im Bürgerausschuß fest. Die Schuldenpolitik habe einen guten Einfluß gehabt auf unsere Städte. Die Schuldenpolitik habe er durchaus nicht ohne Einschränkung verteidigt, da sie ein notwendiges Uebel sei. Sein Standpunkt sei vollständig der des Groß. Regierung. Aber es bestehe doch ein kolossaler Unterschied, ob man es für ausgeschlossen, daß wir für Separatfonds die notwendigen neuen Anleihen aufnehmen. Einmal sei es notwendig, die Verzinsung und Amortisation für die schon gemachten Anleihen zu bestreiten und zwar für Schulhäuser, die schon vor 10 und 15 Jahren gebaut wurden. Zweitens müssen wir jedes Jahr für neue Schulhäuser sorgen. Drittens wären wir nach dem Vorschlag des Stv. 2. noch genötigt, noch außerordentliche Mittel aus der laufenden Einnahme zu einem neuen Separatfonds herauszunehmen zu müssen. Mit anderen Worten: Wir müßten dann für diese Vorkosten dreimal aufkommen. Wir müßten jedes Jahr die eminenten Bedürfnisse für die Schulhäuser sofort aufbringen und außerdem für den Rückwärtsfonds eine besondere Summe aus Wirtschaftsmitteln herausbringen, um aus diesem Fonds dann die Schulhäuser zu bauen. Er wolle sagen, das würde die Rechte unserer Steuerzahler nach seinem Ermessen überschreiten. Falls ein Schulhaus dann aus diesem Rückwärtsfonds gebaut werden, müßte man an die Parteien desselben Fonds schreiben. (Heiterkeit.) Wer in den 5 Jahren nicht mehr ein sondern noch mehrere Schulhäuser gebaut werden. Also mit dieser angeratenen Finanzpolitik kann ich mich absolut nicht einverstanden erklären, denn es ist nicht unmöglich, daß wir aus dem Grund- und Hausbesitzern, aus den Kapitalisten und aus den Gewerbetreibenden noch mehr herausquetschen, da der Staat schon ohnehin genug bedarf. Sie fragen vielmehr: Warum hat man in anderen Städten diesen Fonds? In Frankfurt ist dieser vorhanden, weil man dort eine großzügige Kommunalpolitik geschaffen hat. Das ist in Preußen der Vorgang, daß ein Mann, Miquel, an der Spitze der Finanzen stand, der das Leben der Kommune aus eigener Anschauung kannte. Dieser hat den Sach ausgeführt: Wir müssen die Kommune selbständig machen. Der Staat darf nicht der Gemeinde nehmen, was dieser gebietet, und die realen Steuern sollen den Gemeinden überlassen bleiben. Dazu kam noch, daß der preussische Staat noch folgenden Satz aussprach: Die Verkehrssteuer, die Umlage, die Grundsteuer, also die Steuern, die erhoben werden aus Liegenschaften, die in andere Hände übergehen, wie Grund und Boden, diese Steuern müssen der Gemeinde erhalten bleiben. Wenn uns die Verkehrssteuer überlassen würde, so würde ich von vornherein sagen, daß der Betrag aus derselben unter keinen Umständen verwendet werden darf zur Entlastung der Umlage, sondern nur zur Bildung von Separatfonds, um damit die zukünftige Generation zu fördern.

Redner bemerkt alsdann auf die getragenen Einnahmen, die dem Staate aus der Grundsteuerzuführung zuzuführen. Sie belaufen sich auf 150 000 M. Von dieser Summe verbleiben uns 8000 M. Der Staat hat uns für diese Einnahmequelle eine Schenkung gemacht, die aber aus anderen Taschen herauskommt. Die Separatfonds billige er durchaus; er glaube aber, daß die Bildung derselben bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sei, sondern nur dann, wenn uns außerordentliche Einnahmeverfahren eröffnet werden. Redner glaubt nicht, daß die Mittelschichten unserer Bürgerchaft mit den gestrigen Ausführungen des Stv. Anselm einverstanden seien, daß man mit einer Umlage von 50, 52 Pfg. zufrieden sei. Herr Stv. Anselm habe auch nicht an den Vermögensverrentenversteuert gedacht, durch den der Grund- und Hausbesitzer leichter belastet werde. Das wichtigste Interesse der Grund- und Hausbesitzer bestehe darin, die Umlage möglichst niedrig zu halten, mit Rücksicht auf die enorme Erhöhung der Steuer bezw. Umlage, die ihnen künftig durch die Vermögenssteuer erwachsen werde. Redner verbreitet sich des längeren über die Konsumsteuer. Er wolle gleich von vornherein das System der Erhebung der Konsumsteuer und die Grundlage, auf der sie aufgebaut sei, preisgeben. Ueber eine entsprechende Veränderung lasse sich reden und er sei dankbar, daß gestern eine Reihe von wertvollen Anregungen gegeben worden seien, die jedenfalls die städtische Behörde benutzen werde. Es werde empfehlenswert sein, den Bürgerausschuß zu einer Kommission beizugehen, in der alle Beschwerden über die Konsumsteuer genau zu prüfen seien. Die 250 000 Mark könne man nicht missen, aber einen anderen Erhebungsmodus müsse man finden. Man werde den Beschluß, den man nicht aus der Welt schaffen könne und wolle, weil er durchaus zweckmäßig sei, zur Ausführung bringen, aber so, wie er am bequemsten für die Bevölkerung sei. Er räume auch ohne weiteres ein, daß Reserven im Budget vorhanden seien. (Heiterkeit links.) Es müßten Reserven drin sein, da die kolossalen Einnahmevermehrungen und Mehrausgaben durch die teilweise unbewußten (Heiterkeit) Reserven gedeckt werden müßten. Redner gibt zu, daß das hiesige Budget nicht so übersichtlich wie andere aufgestellt ist. Er glaube aber nicht, daß das Ministerium eine andere Aufstellung zulasse. Aber dessen unbeschadet könne man vielleicht durch eine Umstellung, die nebenbei gegeben werde, dem Wünsche nachkommen, daß die Reserven übersichtlicher hervortreten. Redner regt weiter an, aus jeder Fraktion einige Mitglieder zu delegieren, die den Voranschlag einer Prüfung zu unterziehen hätten. Redner wendet sich sodann gegen verschiedene gestrige Meinungen des Stv. Red. Es sei nicht richtig, daß der Zentralverwaltungsaußschuß dazu da sei, den außerordentlich hohen Aufwand der Zentralverwaltung zu verdecken. Der Zentralauschuss sei ein durchaus befähigter für unsere Verhältnisse. Er betrage 1,25 Pfg. pro Kopf der Bevölkerung, während die prozentuale Verneuerung 2,1 Pfg. gewesen wäre. Redner erkennt den Wunsch des Stv. Anselm als berechtigt an, die städtischen Gefälle monatlich zu erheben. Der Umlagezahler werde durch das Zusammenbringen der Termine sehr gedrückt. Was die angeratene frühere Beratung des Voranschlags anbelange, so sei in der Finanzkommission der Vorschlag gemacht worden, man solle den Voranschlag zu entwerfen, daß er schon in den ersten Tagen des Januar beraten werde. Dann könnten die Steuerzettel im Februar ausgegeben werden und dann hätte man 9 Monate zur Verteilung der Termine. Es würde dies allerdings einen Verzögerung bedeuten auf den Einblick in die Rechnung des vergangenen Jahres. Redner verbreitet sich dann über die Rheinisch-Westfälische Anleihe und bemerkt, solange er in der 1. Kammer zu tun habe, könne er die Rheinisch-Westfälische Anleihe nicht führen. Die schriftlichen Antworten der Interessenten, die auf die Anfragen der Kommission eingingen, seien fast sämtlich ablehnend ausgefallen. Es sei deshalb nicht einsehbar, in weiteren Verhandlungen darüber einzutreten. Was die Marktschulden und die elektrische Straßenbeleuchtung betreffe, so werde der Stadtrat diese Fragen in Erwägung ziehen. Was den elektrischen Taxis betreffe, so möchte er bemerken, daß die Wünsche bereits erfüllt seien. Bereits in den nächsten Tagen werde eine Uebernahme des Taxis in Kraft treten. Sehr geehrt habe er sich über die Ausführungen des Stv. 1. Beirat über den „Rosenpark“. Deswegen wollten auch die abfälligen Kritiken, die Sie und da noch in Einzelnen zum Ausdruck bringen, vernehmen. Richtig sei, daß das Bürgerausschußkollegium zu wenig aktiv in der Verwaltung der Stadt beteiligt sei. Eine lebhaftere Beteiligung wäre dringend erwünscht.

(Redner spricht weiter.)

Volkswirtschaft.

Mannheimer Effektenbörse

vom 21. März. (Offizieller Bericht)

In Aktien der Zuckerraffinerie Mannheim kam heute ein größerer Abschluß zum Kurse von 110 pCt. zustande. Sonstige Veränderungen: Anilin 447 G., Verein Chem. Fabriken 327,50 G., Verein Deutscher Oelfabriken 135,50 G., Gutfahr-Aktien 88 G. 90 B., Oberhein. Versicherung-Aktien 525 G., Email-kerwerke Mannheim 102,50 B. und Portland-Zementwerke Heilberg 142,50 B. — Nachdrücklich waren Zuckerraffinerie Mannheim zu 111 pCt. gefragt.

Obligationen

Table of bonds and obligations with columns for title, price, and interest rate.

Aktien

Table of stocks with columns for company name, price, and other details.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt, 21. März. Fondsbörse. Die entgegenkommende Haltung Deutschlands in der Marokko-Anglegenheit machte guten Eindruck, doch war der Geschäftsvortrieb still. Die Zuckerraffinerie, in welche die Spekulation schon so oft die Hoffnung gesetzt hatte, machte heute im Verhältnis zu der gestrigen Schlussbörse wenig Eindruck. Wenn sich auch teilweise lebhaftere Stimmung bemerkbar machte, so war es nur auf einzelnen Gebieten. Industriewerte waren fest, besonders lebhaft chemische Werte. Anilin und Höpferfarbwerke 5 bezw. 7 bis 10 pCt. höher. Ruhiger lagen Banken bei gut behaupteter Tendenz. Bahnen und Schiffahrtsaktien wenig verändert. Montanwerte fest. Der Fondsmarkt war vernachlässigt. Von ausländischen Fonds-Ausleihern fest. Reichsanleihe behauptet. Im weiteren Verlaufe war das Geschäft still ohne besondere Veränderung. Die Stimmung war zufriedenstellend, doch hielt sich die Spekulation vor weiteren Unternehmungen zurück. Die Börse schloß bei stillem Geschäft. Nachdrücklich Oester. Kreditaktien 210,90, Diskonto 180,20 & 190,10.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft

Table of telegrams and exchange rates for various locations.

Staatspapier. A. Deutsche

Table of German state securities with columns for title, price, and interest rate.

Table of industrial and mining stocks with columns for company name and price.

Table of transport stocks with columns for company name and price.

Table of bonds and obligations with columns for title, price, and interest rate.

Table of bonds and obligations with columns for title, price, and interest rate.

Berliner Effektenbörse.

Table of Berlin stock market data with columns for title, price, and interest rate.

W. Berlin, 21. März. (Telegr.) Nachbörse. Kreditaktien 211 — 210,90 Staatsbahn — 144 — Diskont. Komm. 100,20 100,10 Vombarden 28,80 28,70

Aktienmarkt Realisierungen der Spekulation auf Häuten und Bergwerksaktien drückten. Bahnen gut gehalten, Amerikaner auf New-York höher. Schiffahrtsaktien preisfallend. Später Montanwerte weiter schwach. Tägliches Geld 3 1/2 pCt. In zweiter Börsensunde brachte man die schwächere Haltung in Zusammenhang mit der Rote Lombard'schen in Cassini bezüglich der Stellungnahme Russlands gegen den österreichischen Kompromiß-Vorschlag; ferner darauf, daß nach einer Blättermeldung die Reise des Kaisers nach dem Mittelmeer aufgegeben worden sei. Im übrigen trägt die Nähe der Quartalsende zum Anziehen des Mittelmordes bei. Weiterhin Lokomarkt behauptet, Kohlenaktien steigend. In dritter Börsensunde unregelmäßig. Industriewerte des Kassamarktes ziemlich fest. Höpferfarbwerke ca. 12 pCt. höher.

Pariser Börse.

Table of Paris stock market data with columns for title, price, and interest rate.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock market data with columns for title, price, and interest rate.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 21. März. (Tel.) Produktenbörse. Ohne ausdauernde Anregung war der Verkehr wieder schwach; aber bei zurückhaltendem Angebot waren die Preise von Weizen, Roggen und Hafer mäßig niedriger. In greifbarem Getreide war eine Belebung und Nachfrage wahrnehmbar. Rüböl ist ziemlich fest gehalten, doch wenig beachtet. Wetter kalt.

Table of Berlin commodity prices with columns for title, price, and interest rate.

Table of Budapest commodity prices with columns for title, price, and interest rate.

Table of Liverpool commodity prices with columns for title, price, and interest rate.

Frankfurt a. M., 21. März. In der heutigen Generalversammlung der Mitteldeutschen Kreditbank wurden die Anträge der Verwaltung genehmigt und die Verteilung einer Dividende von 6 1/2 pCt. beschlossen. In den Aufsichtsrat wurden die auscheidenden Mitglieder wiedergewählt und an Stelle des Herrn Geheimen Kommerzienrat Dr. Gustav Strupp, welcher sein Mandat niedergelegt hat, Herr Dr. Gustav von Werning, Direktor der Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Werning in Höchst a. N. neu gewählt.

Aus der Handelskammer. Die Gerichtsorganisation von Groß-Berlin und die Einteilung der Bezirke der Berliner Land- und Amtsgerichte erleidet mit dem 1. Juli 1906 erhebliche Veränderungen. Um das Zurechtfinden zu erleichtern und Rückfragen sowie die mit dem Angehen eines förmlich nicht zuständigen Gerichts verbundenen Nachteile zu vermeiden, hat der Verlag von Alfred Wende einen großen Gerichtsplan für Berlin und seine Vororte herausgegeben; mit Hilfe dieses Plans und des zugehörigen alphabetischen Verzeichnisses sämtlicher Straßen, Plätze usw. ist es ein Leichtes, für eine bestimmte Adresse das zuständige Gericht zu ermitteln. Der Plan kann auf dem Bureau der Handelskammer eingesehen werden. Seine Anschaffung dürfte sich für alle diejenigen empfehlen, die regelmäßig mit Berlin und den Vororten geschäftlich zu tun haben.

Spinnerei und Weberei Hattenheim-Gensfeld. In der am 20. März a. c. stattgefundenen Aufsichtsratsversammlung gelangte die Bilanz pro 1905 zur Vorlage. Dieselbe schließt mit einem Gewinn von M. 430.442 inkl. Vortrag von M. 2907. Nach Abzug der Abgangsgewinnen-Finzen in Höhe von M. 88.540 verbleiben M. 391.902. Es soll der auf den 10. April einzuberufenden Generalversammlung vorgelegten werden. M. 98.470 an erheblichen Rückstellungen zu verwenden, M. 100.000 auf Gebäude-Konto abzuführen und nach Verteilung der Reserve mit M. 14.921 und Abzug der Zinsen für Vorhand und Aufsichtsrat 6 Proz. Dividende zur Verteilung zu bringen, sodann absondern ein Saldo von M. 22.050 zum Vortrag auf neue Rechnung verbleibt. Die besondere Abweisung von M. 100.000 auf Gebäude-Konto geschieht im Einklang mit unbedingter notwendiger größerer baulicher Veränderungen.

**Vorschußverein Kaiserlautern, G. m. b. H.** Die Mitgliederzahl liegt von 1945 auf 1483 und der Gesamtumsatz von 14.200.000 auf 58.100.000 Mark. Es wurde ein Reingewinn von 73.200 M. (48.900 M. i. V.) erzielt, wovon eine Dividende von 5 Proz. (wie i. V.) verteilt werden soll. Die Geschäftsanteile betragen 508.500 Mark.

**Vürtembergsche Privatfeuerversicherung, A.-G. in Stuttgart.** Die Generalversammlung vom 17. März beschloß unter Genehmigung der Bilanz für 1905 die Verwaltung Entlastung zu erteilen und den dem Gesamtüberschuß von 2.388.991 Mark eine Dividende an die Mitglieder von 60 Proz. der Jahreserträge auszuschütten.

**Sachverständigen.** Ueber das Vermögen des Architekten und Bauunternehmers **Ernst H. H. H. in Frankfurt a. M.** wurde der Konturschein erlassen. Die Forderungen sind in Köln bindend sich nach dem „Recht“ in Schwereigleiten. Den Forderungen von 200.000 Mark an Aktien 70.000 Mark gegenüber. Die Firma bietet 200.000 Mark. In der Insolvenz ist der Sachverständigen-Bauverein mit etwa 1.000.000 beteiligt, er sei indes durch Hypotheken und Bürgschaften gedeckt.

**Karipina, Sec. Fluß- und Landtransport-Versicherungs-Gesellschaft, Köln.** Der Aufsichtsrat beschloß für 1905 eine Dividende von 11 Proz. (10 Proz. im Vorjahr) vorzuschlagen. Der Aufsichtsrat des **Waldversicherungs-Vereins der Karipina** in Köln wird eine Dividende von 11 Proz. (10 Proz. im Vorjahr) vorzuschlagen.

**Kölnische Feuerversicherungs-Gesellschaft Colonia.** Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der am 21. April stattfindenden Hauptversammlung für 1905 eine Dividende von 400 Mark für die Aktie (i. V. 410 M.) vorzuschlagen.

**Waldversicherungs-Kriegsgesellschaft Colonia.** Der Aufsichtsrat wird der am 21. April stattfindenden Hauptversammlung für 1905 eine Dividende von 60 M. für die Aktie (i. V. 45 M.) vorzuschlagen.

**Die Rombacher Hülsenwerke** beabsichtigen nach der „Sohn-Tag“ eine erhebliche Erweiterung ihrer Anlagen, darunter ein Feinreinigungswerk für Stabeisen und Paandellen, das auch für die Herstellung von Drahten eingerichtet werden soll.

**Die Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft** beteiligt für 1905 eine Dividende von 20 M. (wie i. V.), 1904 210 M. (wie i. V.) auf die Aktien über 3000 M., und von 115 M. (105) auf die Aktien, die über 1500 M. lauten.

**Kapitalerhöhung.** Der Verwaltungsrat der Gesellschaft für **Karibamerikanische Werte** in Basel wird der Hauptversammlung am 20. März die Erhöhung des Grundkapitals von fünf auf zehn Millionen Franken vorzuschlagen.

**Die Vereinigten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen vorm. Opple und Burgmann in Augsburg** erzielen in 1905 einen Reingewinn von 20.788.320, wozu 20.788.320 Mark Vortrag kommen (i. V. 20.788.320 Mark Reingewinn). Die Dividende beträgt 2 1/2 Proz. (wie i. V.), die Dividendenreserve erhöht M. 50.000 (wie i. V.), die Abschreibungen M. 50.000 (wie i. V.) zu außerordentlichen Abschreibungen werden M. 180.000 (wie i. V.) verwandt, als Reuvortrag bleiben M. 65.558.

**Traktbildung in der chemischen Industrie.** Die Aktien der **Alk.-Gef. für Anilinfabrikation in Trepow** und der **Elberfelder Farbenfabrik** erlitten an der gestrigen Berliner Börse größere Kurssteigerungen, die damit im Zusammenhang gebracht wurden, daß, wie das „B. T.“ meldet, eine Ausgestaltung der zwischen beiden Unternehmen und der **Sad. Anilinfabrik** bestehenden Interessengemeinschafts-Verhältnisse zu einem Trakt bevorzugen soll.

**Die Rohleistungserzeugung Deutschlands und Luxemburgs** betrug nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller während des Februar 1906 insgesamt 935.994 Tonnen gegen 1.018.461 Tonnen im Januar 1906 und 673.473 Tonnen im Februar 1905. — Die Verainderung gegen den Vormonat ist nur geringfügig, die durchschnittliche Tagesleistung ist um 575 T. gestiegen. Auf die einzelnen Sorten verteilt, stellt sich die Februarleistung folgendermaßen dar: Gießereierzeugnisse 184.204 Tonnen (Februar 1905: 129.058 Tonnen), Bessemerroheisen 81.788 Tonnen (18.988 Tonnen), Thomaderzeugnisse 605.830 Tonnen (497.650 T.), Stahl- und Spiegeleisen 72.248 Tonnen (44.801 Tonnen) und Gußstahlerzeugnisse 61.924 Tonnen (52.181 Tonnen).

**Neue Aktien-Gesellschaft.** Unter der Firma **Deutsche Photographie Akt.-Gef. in Siegburg** wurde ein neues Unternehmen zur Herstellung und zum Vertrieb graphischer Erzeugnisse gegründet. Das Grundkapital beträgt M. 1.300.000.

**Japanische Anleihe.** „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Während die im Laufe des letzten Jahres auflebenden japanischen Anleihen überzeichnet sind, ist die letzte innere Anleihe keineswegs ein glänzender Erfolg. Sie gleicht vielmehr einem teilweisen Mißerfolg. Auf den Betrag von 20 Millionen Pfund Sterling sind fast, wo nur noch die Zeichnungen aus wenigen ländlichen Bezirken ausstehen, Zeichnungen im Gesamtbetrag von 19.299.800 Pfund Sterling eingegangen, die mit einer einzigen Ausnahme sämtlich auf geringe Beträge lauten. Da der Zweck der Anleihe die Einlösung von Schuldbonds ist, deren Inhaber zu zwei Dritteln im Ausland sind, bedeutet dies die Ausfuhr von harten Wägen.

**Vom Rheinisch-Westfälischen Auzenmarkt.**

(Bericht von **Gebrüder Stern, Düsseldorf.**)

Nach anfänglicher Zurückhaltung zeigte der Kohlenmarkt in der abgelaufenen Berichtswache für schwere Werte rege Kauflust, und die Kurse konnten auf nennenswerte Käufe des Privatpublikums ansiehen. Neben Königin Elisabeth, die bis M. 2200 bezahlt wurden, waren insbesondere Lothringen bedeckt, die mehrfach bis M. 2700 aus dem Markt genommen und weiter gefragt wurden. Friedrich der Große, Dorffeld, König Ludwig und Mont Genis hielten sich um mehrere hundert Mark höher, ohne daß infolge mangelnden Angebotes Umsätze zustande kamen. Konstantin der Große waren verhältnismäßig, dagegen fand in Graf Schwerin von M. 10.700 bis M. 11.200 ein reger Best-

wechel statt, während Herzfeld und Voelklingshieden nur auf Grundlände des letzten Preises umzusetzen waren. Auf dem Gebiete der mittleren und leichten Papiere standen Rohrannteile im Vordergrund. Weißfäden und Annelierte erlitten bei angetriebenem Geschäft lebhaftere Steigerungen und wurden bis M. 4450 bezogen, M. 2650 bezahlt.

Auf dem Braunkohlenmarkt war die Tendenz bei geringen Umsätzen ruhig.

Auf dem Kalkmarkt hat das Interesse erheblich abgenommen. So lange über die Schmelzmännchen Anträge keine endgültige Klarheit geschaffen ist, beobachtet das Publikum bei Anlage in Ausbeutewerten Zurückhaltung. In der vergangenen Woche wurden auf diesem Gebiete nur vereinzelte Umsätze getätigt. Da indes der fehlenden Nachfrage auch kein nennenswertes Angebot gegenübertrat, so blieb der Ausverkauf von leichten Schwanzlängen abgesehen, unverändert. Auch für die in der vergangenen Woche stark gefragten Rufe von Großherzog von Sachsen und Johannasbalk ließ die Kauflust etwas nach, worauf die höchsten Kurse beider Papiere eine Einbuße von M. 100 erlitten. Ungleich lebhafter war das Gebiet der schachtbauenden Werte, von denen sowohl Rufe als auch Aktien in großen Mengen zu steigenden Preisen aus dem Markt genommen wurden. Von Aktien waren namentlich Bismarckhald und Neu-Blenderode beachtet, die die Woche mit einer Steigerung von 3 bezw. 5 Proz. verließen. Auch für Nordhäuser Kaliwerte und Tontonia bräuhd wieder Meinung. Der Verkehr in Rohrannteilen gestaltete sich nach längerer Unterbrechung etwas lebhafter.

Der Erzmarkt lag bei vereinzelten Umsätzen ruhig. Einiges höhere Preise wurden für Hufelhammerung und Henrietten bewilligt, während Widdern zu ermäßigten Preisen angeboten wurden.

**Vom Londoner Metallmarkt.**

(Bericht von **Brandels, Goldschmidt u. Co.**)

**Den 20. März.**  
**Kupfer:** Der Standard-Markt hat seine Festigkeit im vollen Umfange aufrecht erhalten. Für prompte Lieferung wurde bis zu Pfd. Sterl. 80,75 willig bezahlt und Pfd. Sterl. 78,75 für drei Monate. Eine weitere Steigerung in der New Yorker Notierung auf 18,50/18,75 veranlaßte die Konventionen etwas liberaler zu lauten. Die Tatsache, daß jede angebotene Partie von Fein Kupfer für prompte Lieferung sofort angesetzt wird, zeigt, daß die meisten Werke nur mit sehr geringen Vorräten versehen sind. Wir notieren heute: Standard-Kupfer prompt Pfd. Sterl. 80,75 bis 80,12, Standard-Kupfer per 3 Monate Pfd. Sterl. 78,75 bis 78,12, Englisch Tough je nach Marke Pfd. Sterl. 85 bis 85,10, Englisch Best Selected Pfd. Sterl. 85,10 bis 86, Amer. und Engl. Electro Pfd. Sterl. 85,10 bis 86,10.

**Kupfererz:** Der erwartete Bedarf hat nun in starkem Maße eingelegt und große Verkäufe wurden bei steigenden Preisen abgeschlossen. Wir notieren heute Pfd. Sterl. 25,10.

**Zinn:** Hatte wieder einen sehr festen Markt. Von einflußreicher Seite wurde stetig bis zu Pfd. Sterl. 167 für Kasse und Pfd. Sterl. 165,10 für spätere Lieferung gekauft. Die Notierung im Osten ist höher als in unserm Markt, doch gab gegen Ende der Woche auf größeres Angebot von Lieferungsware die Notierung für drei Monate nach. Wir schließen heute: Straits-Zinn prompt Pfd. Sterl. 166,15 bis 167, Straits-Zinn per 3 Monate Pfd. Sterl. 164,10 bis 164,15, Austral-Zinn Pfd. Sterl. 167,5 bis 167,10, Englisch Komm- und Hag-Zinn Pfd. Sterl. 167,10 bis 168.

**Antimon:** Sehr fest Pfd. Sterl. 70 wurde bezahlt, während die erste Hand jetzt Pfd. Sterl. 72 bis 73 fordert.

**Blau:** Best Pfd. Sterl. 25,25.

**Blau:** Das in den Brockenhald-Minen ausgebrochene Feuer hat ernsthafte Proportionen angenommen und ist zu erwarten, daß australische Abladungen für einige Zeit bedeutend kleiner sein werden. Wir notieren Pfd. Sterl. 16 bis 16,5, je nach Lieferung. Silber: 994 prompt, 29,5/30 zwei Monate. Quecksilber: Pfd. Sterl. 7,5.

**Eisen:** Cleveland 48/3, Standard 48/1 1/2.

**Berichtszeitung.**

1 Mannheim 20. März. (Straßammer II.) Bescheid: Herr Landgerichtsdirektor Walz, Vertreter der Groß-Staatsbehörde: Herr erster Staatsanwalt Dr. W. H. Kling.

Das Domänenamt Elise Samst entzweigte im April d. J. einer Frau Heider aus einem Schließkorb verschiedene Kleidungsstücke. Zu einer Strafe von 6 Monaten, die sie gegenwärtig in Verdauung verläßt, erhält die Angeklagte 3 Wochen Haft.

Der Hausbesitzer Josef Thalheimer aus Bühlertann unterstelt im Dienste des Restaurateurs Melchior 85 M. und bezug verschiedene kleinere Schmuckgegenstände. Einschließlich einer andern Strafe lautet das Urteil auf 4 Monate 6 Wochen 4 Tage Gefängnis.

„Scharf Jandern“ nennen die Metzger die Manipulation, beim Ausnehmen eines auf Schlachthof gelassenen Stückes Fleisch mit dem Messer auszuräumen und ein paar Pfund Fleisch zu eskomptieren. Das ist auf vielen Schlachthöfen üblich und auch hier dürfte die Spitzbudelei bis das Oberlandesgericht ein Urteil erließ, daß das „Scharfjandern“ ein Verbrechen sei und nicht mehr wie bisher nur mit bezugnehmlichen Strafen geahndet werden könne. Der Metzger Gottfried Salming aus Koblenz ließ sich aber kürzlich dennoch erwischt und wurde vom Schöffengericht wegen Betrugs zu 6 M. Geldstrafe verurteilt. Salming ging darauf eine Strafe höher. Er behauptet, er habe nicht zu viel abgemessen. Wenn die beiden Schwere, die er für seinen Bruder geschlachtet habe, so angelegen hätten, als ob zu viel weggeschlachtet worden sei, so komme das daher, daß er an der rechten Hand nur vier Finger besitze und deshalb ungeschickt geschlachtet haben könne. Gallenmeister Zimmermann, der die von Schwerehändler Wollenderge erkaufen

Edelweine wegen dieser Spitzbudelei beanstandet hatte sagt, an einem der Tiere seien die Hinterfüße bis auf die Haut ausgehöhelt gewesen. Er schäme das Gewicht des Abhandlungsgegenstandes auf 4—5 Pfund. Weichen hat er es nicht, da es auf die Seite gebracht war. Der Staatsanwalt hält während eines verurteilten Betrag für gegeben und das Gericht spricht gegen Salming die Strafe von 6 M. wegen Betrugsverbrechen aus. Vert. R. A. Dr. Stern.

Drei junge Mädchen, die der Arbeit verlustig aus dem Wege gehen, dafür aber umso lieber auf den Herbergen hantieren, erscheinen auf der Anklagebank: der 19 Jahre alte Mannmann Heinrich Hild, der 23 Jahre alte Tagelöhner Rudolph Jortel und der 18 Jahre alte Hausburse Julius Faldmann. Hild hat am 2. Dezember v. J. aus einer Manjarda des fünften Stockes des Hauses Volkstrasse 5 der Frau des Kaufmanns Max Baum ein Kleid im Werte von 100 M. und am gleichen Tage im Hause 5-6, 8 dem Geschäftsführer Otto Köster eine Jacke und eine Hose im Werte von 40 M. gestohlen. Jortel hat er gemeinsam mit dem beiden Mitangeklagten in einer Nacht im Oktober in der Kurstraße einen Schmuckkasten des Wäschehändlers Weidner u. Weich mit einem Nachschlüssel geöffnet. Ihm Ausplündern ist es aber nicht gelungen, da die Diebe sich geäuert glaubten. Hild erzählt heute eine „Käubergeschichte“ von zwei Unbekannten, für die er die gestohlenen Kleider verfertigt habe. Das Kleid habe er für ein Mädchen namens Elise Keim, die Jacke und Hose für einen gewissen Wiesland verfertigt. Beide konnten nicht gefunden werden, aber Hild sagt, wenn er herauskomme, wolle er sie sofort haben. Hertz, welcher der Polizei die und da Vorkommnisse mit, behauptet, auch bei der Affäre mit dem Schmuckkasten habe er nur sehen wollen, was seine Kameraden machten. Dagegen behauptet Faldmann, der ganze Plan sei von Hertz ausgegangen. Hild wird einschließend einer Strafe von 6 Monaten, die er aus Frankfurt mitbrachte zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Hertz zu 2 Monaten, Faldmann zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Fabrikarbeiter Johann Harward aus Böglau wird wegen eines Fahrraddiebstahls zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt und der Ehrenrechte auf 4 Jahre verlustig erklärt.

1 Horn, 20. März. Das Kriegsgericht der 4. Division in Bromberg verurteilte den Reservisten Müller vom 18. Feldartillerieregiment, der im August 1905 auf dem Sammerhölzer Telegraphen angetrunken einen Unteroffizier eines anderen Regiments mit der Tabakpfeife schlug, wegen Verhöhnung, Beschimpfung und Verletzung der Ehre zu 5 Jahren 7 Monaten Gefängnis.

**Stimmen aus dem Publikum.**

Es ist an dieser Stelle schon öfter Klage geführt worden über die schlechten Straßenzustände in Redau und über die Vernachlässigung, unter der dieser Vorort trotz der vielen Versprechungen die der Eingemeindung vorausgingen, zu leiden hat. Was nützen jedoch all die Klagen! In Mannheim liebt man demgegenüber nicht bis ans Herz hinan! Dort pflegt man viel lieber das Schicksal, das Industriegebiet, das man aller Sorgfalt würdigt und für das man gerne den Stadthaushalt offen hält, während das Straßennetz Redau, trotzdem es ein Stück und nicht das schlechteste von Mannheim ist, weiterhin das Bauerndorf bleiben darf, mit halbjährigen Straßen oder besten gesagt: Gassen. Auf einer der beschriebenen Straßen nun, der Landstraße nach Redau, die allein mehr Fußverkehr zu tragen hat, als die Straßenzüge ganzer Stadtbezirke, herrscht ein Zustand permanenter Reparaturbedürftigkeit. Bleibt es bei der Straßengestaltung Landstraße für, glaubt man auch von Seiten der Verwaltung, der man so gerne einen weiten Blick nachschaut, sie auch als „Baustraße“ behandeln zu können, ohne zu bedenken, daß diese 3. Et die einzige regelmäßig verkehrende zwischen Redau und Mannheim ist, auf der täglich eine Anzahl schwerer Last- und sonstiger Fuhrwerke verkehren.

Es ist für jeden Mann, dessen gesunder Sinn von Sachkenntnis nicht getrübt ist, klar und ersichtlich, daß die Straßengestaltung, diesen Verkehr nicht tragen kann, und daß, wenn man heute an dem sinnigen Ende anfängt, den Belag zu erneuern und mit der Dampfstraßengestaltung, am anderen Ende angekommen man wieder von vorne beginnen kann. Das scheint man nun endlich auch an zuständige Stelle in Mannheim eingesehen zu haben, denn man hatte vor einiger Zeit am Redauer Ende mit Erneuerung des Belags begonnen, sie aber, nachdem nur erst ein Stück fertig war, wieder eingestellt. Und nun kommt das Beside: Statt sich zu sagen: Wir kommen so nicht weiter, die Straßengestaltung gestoppt werden, geht man hin und wischt einfach an den schäblichsten Stellen der Straße Schotter ein und überläßt es ruhig den Fußverkehren, den Schotter fortzufahren. Man fährt also Redau gerade noch für gut genug zu halten, um seine Straßen zu behandeln, als sei man im weiten Odenwald! Diese Art der Behandlung dauert aber nun schon Wochen an, so daß es manchmal für bessere Bogen und Automobile ohne besondere Beschädigung des Überbelags nicht möglich ist durchzukommen. Außerdem leiden aber auch die Straßenschotter anseherndlich durch die stets sich wiederholenden Erdschüttungen beim Überfahren der Schotterseine. Die Reparaturverhältnisse der Straßenbahn würde schon allein zur Genüge beweisen, daß dieser Zustand unhaltbar ist, und daß man sich hier durch Sparlosigkeit auf falschen Plätzen ins eigene Fleisch schneidet! Quousque tandem...! Cris.

**Verantwortlich:**

für Politik, Kunst, Feuilleton und Vermischtes: **Fritz Kayser**, für Lokales, Provinziales und Gerichtszeitung: **Richard Schaeffler**, für Volkswirtschaft und den übrigen redaktionellen Teil: **Rolf Apfel**, für den Inseratenteil und Geschäftliches: **Frank Rinder**. Druck und Verlag der Dr. O. Haas'schen Buchdruckerei. G. m. b. H.: Direktor **Ernst Müller**.

**Sunlight Seife**

Ist die Mutter der Einsicht und die Tochter der Erfahrung.

Wer zu der Wäsche Sunlight Seife verwendet, wird sich überzeugen, dass diese Seife nicht nur höchste Reinigungskraft besitzt, sondern vor allem das Gewebe und die Stofffasern schonend und deshalb lange Haltbarkeit der Wäschestücke gewährleistet.

Ein vollkommenes Herstellungsverfahren und die edelsten Rohmaterialien sind Garantien für stets gleichbleibende Qualität. Man achte immer auf die Originalpackung, da sich viele minderwertige Nachahmungen im Handel befinden.



# Total-Ausverkauf

unseres ganzen Warenlagers wegen Aufgabe des Detail-Geschäftes.

Das Lager ist gut sortirt und besteht aus:

Schürzen,  
Wäsche,

**Damen-Roben und -Blusen**

Taschentücher,  
Kinder-Artikel,

**Echte Schweizer Stickereien.**

**0 4, 16,**

Kunststrasse.

Billigste Preise.

Nur bis 31. März.

Hoher Rabatt.

**0 4, 16,**

Kunststrasse.

### Öffentliche Versteigerung.

Donnerstag, den 22. d. M.,

nachmittags 2 Uhr,

werde ich in Mannheim, T 6, 19,

im Auftrag des Konkursver-

walters Herrn Friedrich Wähler

folgende zur Konkursmasse des

H. W. Schiel geborene Oegen

Bänke gegen bare Zahlung öffent-

lich versteigern:

200 Gerüstbänke, 300

Andel, 100 Gefälle, 170 qm

Bimstein-Cementplatten, 2

Zugseile, 24 Stk. z. f. f. f.

Defensverrichtungen, 2 Werte

über Ständebänke, circa 150

Stiele, 1 Partie Zeide und

verschiedene Modelle, Stip-

abzüge, 2000

Die Versteigerung findet

bestimmt statt.

Mannheim, 21. März 1906.

Schmitt,

Gerichtsvollzieher,

Ableinstraße 16.

**0 4, 17 0 4, 17**

Grosse

**Möbel-Versteigerung.**

Am Donnerstag, den

22. März, nachmittags

2 1/2 Uhr verleihere ich in

meinem Lokal:

4 Salon- u. Garnituren,

vier Divan, Kanapee,

Bücherstühle, Verti-

cal, Truhen, Schiffo-

ner, Schränke, Buffet,

Salon-Tische u. Stühle,

Wahls- und Nachttische,

Bücherstühle und

Röhrengeräte, Züher,

Regulator, Bilder,

Spiegel, Fahrräder,

Werkzeug, vollständige

Setten, Kleiderstühle,

Federbetten, Stieh-

pult und anderes.

Sieben prima Saffens-

schrank, Panzerschrank.

Gerne verkaufe ich Ihnen

Regal, Champagner, Gi-

garten und anderes.

M. Arnold, Auktionator

N 3, 11. Tel. 2295.

Übernehme jed. Posten

Möbel und Waren zur

Versteigerung und gegen

bar. 34562

**Bekanntmachung.**

Die hiesige Gemeinde hat

am

Donnerstag, 22. März d. J.,

nachmittags 3 Uhr

im Saal hiesiger

einen fetten Rinderjochel,

einen abgängigen Ober und

zwei abgängige Stierböcke

an die Meistbietenden gegen

bare Zahlung öffentlich ver-

steigern.

Mannheim, 20. März 1906.

Bürgermeisteramt:

H. Feder.

**Maschinenschreib. u.**

**Stenographie**

perliches Fräulein, das schon

in London, Paris und Rom

unterrichtet, sich mit dem

System des H. Schreyer

u. des H. Schreyer